

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis 3,50 RM. monatlich 1,30 RM.
wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgealtene Kolonne
je nach dem Raum 30 Pf. für
politische und gewerkschaftliche...

Telegramm-Adresse
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Dienstag, den 19. Dezember 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Ueber Babadag in der Norddobrudtscha hinaus

Russische Angriffe bei Luck abgewiesen. —
Kämpfe im Uz-Tal. — Fliegergeschwader
gegen weichende Rumänen.

Amlich. Großes Hauptquartier, 18. De-
zember 1916. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Keine wesentlichen Ereignisse; auch im Somme- und
Maas-Gebiet nur geringe Geschäftstätigkeit.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz
Leopold von Bayern.

Nordwestlich von Luck versuchten die Russen, die von
uns am 16. Dezember bei Bol Porok gewonnenen Stel-
lungen zurückzuerobern; ihre auch nachts wiederholten An-
griffe wurden abgewiesen.

Ebenso scheiterten russische Vorstöße bei Augustowka
(südlich von Bzow) in unserem Abwehrfeuer.

Front des Generaloberst Erzherzog
Joseph.

Im Abschnitt von Westercanedi östlich der Goldenen
Bistritz war der Artilleriekampf heftig.

Im Uz-Tal drückte Kämpfe mit wechselndem Erfolge.

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls
von Madensen.

Die Lage hat sich nicht geändert.
Auf Braila zurückgehende feindliche Kolonnen wurden
durch unsere Flieger-Geschwader mit beobachteter Wirkung
angegriffen.

Mazedonische Front.
Zeitweilig lebhaftes Feuer im Cerna-Bogen.
Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Abendbericht.

Amlich. Berlin, 18. Dezember, abends.
An West- und Ostfront nichts Wesentliches.
In der Walachei kleinere, für uns günstige Kämpfe.
In der Nord-Dobrudtscha ist die Linie Babadag-
Pecineaga überschritten.

Der österreichische Bericht.

Wien, 18. Dezember 1916. (W. Z. B.) Amlich wird
verlautbart:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls
von Madensen.

Lage unverändert.
Seeresfront des Generalobersten Erzherzog
Joseph.

Weiterhin im Uz-Tal griffen die Russen unsere Stellungen
nach heftiger Artillerievorbereitung an. Die Kämpfe sind noch
nicht abgeschlossen.

Seeresfront des Generalfeldmarschalls
Prinz Leopold von Bayern.

Russische Vorstöße gegen unsere Feldwachlinie bei Augustowka
blieben erfolglos. Ebenso scheiterten schwächliche feindliche An-
griffe gegen unsere neuen Stellungen bei Bol Porok.

Italienischer und Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.
Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
v. Hofer, Feldmarschallleutnant.

Vernunft in Paris.

Die Stimme der Vernunft hat heute Seltenheitswert.
Wir verzeichnen daher mit Befriedigung einen Beschluß, den
die Sozialistische Vereinigung des Seinedepartements mit
10026 gegen 403 Stimmen gefaßt hat. Darin wird die
Möglichkeit der Wiederaufnahme der internationalen Be-
ziehungen und besonders der Verhandlungen für den
Frieden in Betracht gezogen, unter der Bedingung, daß
klare Vorschläge auf genau umschriebenen Grundlagen von
Deutschland und seinen Verbündeten vorgelegt würden. —
Dann heißt es:

„Die alliierten Regierungen haben die Pflicht, die Vorschläge,
zu denen sich der Gegner bereit erklärt, nicht ohne deren
Kenntnisnahme abzulehnen. Demgemäß fordert die Ver-
einigung des Seinedepartements die alliierten Regierungen auf, be-
gleitenden kräftigen Anstrengungen für die Landesverteidigung
alle Verhandlungen anzunehmen, die notwendig sind, um amlich von
den Friedensbedingungen Deutschlands unter-
richtet zu werden. Die Vereinigung fordert also erstens, keinen
Vorschlag ohne ernste Prüfung abzulehnen, zweitens die
Vorschläge den betreffenden Parlamenten vorzulegen. Schließlich
läßt die Vereinigung die alliierten Regierungen für den Fall, daß
die Vorschläge unannehmbar erscheinen sollten, ein, sie öffentlich
vor den kriegsführenden Völkern kundzugeben und selbst sofort
durch formelle Gegenvorschläge das Kriegsziel bekann-
zugeben, das sie für unbedingt erforderlich erachten.“

Der Beschluß ist klar und vorsichtig, ein Muster
positiver Kritik an dem Verhalten der Entente-Regierungen.
Die Sozialisten des Seinedepartements sind viel zu gute
Franzosen, um nach einem Frieden um jeden Preis zu rufen.
Sie verlangen nicht die Annahme der deutschen Vorschläge,
die sie noch gar nicht kennen, wohl aber deren Kenntnis-
nahme.

Die Regierungen der Mittelmächte haben den Gegnern
ihre Vorschläge noch nicht überreicht. Sie haben sich nur an-
heißig gemacht, diese Vorschläge „zu den Verhandlungen mit-
zubringen“. Es ist falsch, ihnen aus dieser vagen Form ihres
Angebots einen Vorwurf zu machen. Denn es handelt sich
zunächst noch nicht um die Hauptfrage der Friedens-
vorschläge, sondern nur um die Vorfrage, ob die Gegner
überhaupt verhandeln wollen. Erst wenn diese Frage be-
jaht ist, können die Mittelmächte mit ihren Vorschlägen
heraustreten.

Friedensbedingungen kann man nicht als Plakate an die
Wand kleben oder in der Zeitung inserieren. Dadurch würden
sie eine Starrheit gewinnen, die dem Zweck der Ver-
handlungen abträglich ist. Die Vorschläge müssen so gefaßt
sein, daß sie im Verlauf der Verhandlungen auch abgeändert
werden können, die Regierungen dürfen sich auf sie weder
selber festnageln noch von anderen festnageln lassen. Darum
die Aufregung gewisser Kreise in Deutschland, daß man das
„Voll“, d. h. sie selbst, an der Aufstellung der Friedens-
bedingungen nicht habe mitarbeiten lassen: sie möchten die
Regierung binden, aber die Regierung darf sich nicht an
„Mindestpreise“ binden lassen, wenn nicht der Frieden an
unannehmbaren Bedingungen scheitern soll.

Die Sozialisten des Seinedepartements haben das ganz
gut verstanden. Sie zernern nicht darüber, daß die Mittel-
mächte mit ihren Vorschlägen noch zurückhalten, sondern sie
wollen diese Vorschläge kennen lernen: das aber ist
nur möglich, wenn man überhaupt auf der Gegenseite zu
Verhandlungen bereit ist, wie man es auf deutscher
Seite schon lange ist. Deshalb fordern sie, daß kein Vorschlag
ohne ernste Prüfung abgelehnt werden soll.

Die Ablehnung der Vorschläge soll dann aber keineswegs
die Gegner von der Pflicht entbinden, auch ihrerseits den Weg
zur Verständigung zu suchen. Sie sollen ihre Ablehnung
durch öffentliche Bekanntmachung der abgelehnten Vorschläge
rechtfertigen und „sofort durch formelle Gegenvorschläge das
Kriegsziel, das sie für unbedingt erforderlich erachten, bekann-
geben“.

Sind einmal Vorschläge und Gegenvorschläge aufgestellt,
dann ist der Frieden noch nicht da, aber der Weg zu ihm ist
geöffnet. Dann sieht man endlich das Wo und Wie und hat
es mit konkreten Dingen zu tun, über die sich reden
läßt. Es ist etwas ganz anderes, Kriegsziele in der Doffent-
lichkeit lärmend zu propagieren und sie bei ernsten diplomati-
schen Verhandlungen zu vertreten. Da wird manches, was
die Heißhörner den Regierungen als „unbedingt erforderlich“
auf den Weg zu den Verhandlungen mitgeben, schon unter-
wegs aus dem Fenster hinausgeworfen werden, weil man
sich nicht traut, damit in den Konferenzsaal zu kommen. Zum
Abhandeln wird dann immer noch genug übrig bleiben.

Heute zum Beispiel wird kein Mensch in Frankreich aus-
zusprechen wagen, daß man auch ohne Esch-Lothringen
Frieden machen könnte. Würde aber jetzt ein französischer

Wilson's Haltung zum Friedensangebot.

Kein Vermittlungsversuch.

London, 18. Dezember. (W. Z. B.) Aus New York erfährt
„Weekly Dispatch“ vom Sonnabend: Obwohl man in gewissen
Kreisen glaubt, daß jetzt für Amerika der richtige Zeitpunkt gekommen
sei, um den Kriegführenden seine Dienste anzubieten, habe Präsident
Wilson seiner Umgebung erklärt, daß er keine Vermitt-
lungsversuche unternehmen werde, ehe er die Sicherheit habe,
daß dieser Versuch auch gelinge.

New York, 17. Dezember. (W. Z. B.) Neutermelbung: In
einem Leitartikel lobt „Tribune“ die Haltung des Präsidenten. Das
Blatt schreibt: Nicht wir müssen drängen und ermahnen. Wir können
nur im äußersten Falle helfen und dieser äußerste
Fall ist noch nicht da. Außerdem ist es
für uns nützlich, geduldig zu sein,
denn es ist für Europa und für die ganze Welt weniger wichtig, daß
der große Zwist beendet werde, als daß er einen dauerhaften und ge-
richteten Abschluß findet.

Der Berichterstatter der „Tribune“ drahtet aus Washington, daß
Wilson's Weigerung, Deutschlands Friedensvorschlag offiziell
zu unterstützen, große Enttäuschung bei den Deutschen hervorrief, be-
sonders da bekannt ist, daß andere Neutrale bereit sind,
sich nach Wilson zu richten.

Vorschafter Gerard.

Wie der „Nationalzeitung“ aus Kopenhagen mitgeteilt wird, be-
findet sich an Bord des am Sonntag in Kristiania eingetroffenen
dänischen Amerikadampfers „Frederik VIII.“ der amerikanische Vor-
schafter Gerard. Der Korrespondent der „Politiken“ verließte ihn
über seine Anschauungen bezüglich des deutschen Friedens-
angebots auszufragen. Gerard erwiderte jedoch nur, daß das An-
gebot ihn sehr interessiere, mehr wollte er zu dieser An-
gelegenheit nicht sagen. Der Dampfer setzte gestern die Reise nach
Kopenhagen fort.

Die Russifizierung Finnlands.

Unlängst gingen Mitteilungen durch die Presse, die dar-
auf hinwiesen, die Wendung der Dinge in Polen habe die
russische Regierung veranlaßt, einer ähnlichen Entwicklung der
finnischen Angelegenheiten vorzubeugen. Es wurde angedeutet,
die Bestätigung der Autonomie Finnlands stehe bevor, und
es hieß auch, aus dem Kreise der Ententemächte sei Rußland
gewarnt worden. Was jetzt aber aus Finnland berichtet wird,
bestätigt nichts von diesen Andeutungen. Es ist vielmehr das
gerade Gegenteil. Die finnische Presse in Helsinki fors ver-
öffentlicht, wie der „Frankf. Ztg.“ aus Stockholm gemeldet
wird, amtliche Beschlüsse des russischen Ministerrates über eine
Reihe einschneidender Änderungen in der inneren Verwaltung
des Großfürstentums Finnlands. Für den gesamten schrift-
lichen Verkehr der finnischen Behörden mit dem General-

gouverneur, der Universitätskanzlei und den Pächtsbehörden
wurde die sofortige Einführung der russischen
Amtssprache beschlossen. Die Einführung der russischen
Amtssprache in den Dekonomie-Departements und in der
Prokurator-Expedition haben innerhalb drei Jahren, zwischen
den Zentralbehörden und Gouvernementsbehörden innerhalb
fünf Jahren zu erfolgen. Ferner beschloß der Ministerrat die
Einsetzung eines besonderen Ausschusses beim Marine-
ministerium für die Ausdehnung der Beschlagnahme
auch auf die finnischen Handelsschiffe. Der
russische Finanzminister erhielt das Kontrollrecht über
die Anschaffung fremder Valuta über die finnische Bank.
Die finnländischen Durchgangszölle für den Bedarf der russi-
schen Armee und Marine wurden aufgehoben.

Lloyd Georges wahrscheinliche Antwort.

Der Beschluß der Alliierten.

London, 18. Dezember. (W. Z. B.) „Weekly Dispatch“
schreibt, daß der Premierminister am Dienstag die Antwort der
Alliierten auf das deutsche Friedensangebot geben werde. Wahrschein-
lich werde Lloyd George in groben Umrissen die Friedens-
bedingungen der Alliierten mitteilen und Deutschland von dem Be-
schluß der Alliierten in Kenntnis setzen, den Krieg mit
äußerster Kraft so lange fortzusetzen, bis diese Be-
dingungen gesichert sind.

London, 18. Dezember. (W. Z. B.) „Reynolds Newspaper“
schreibt: In gutunterrichteten Kreisen glaubt man, daß Lloyd George
sich ganz dem Krieg widmen und dem Unterhause
ohne Zweifel sehr krasse Maßregeln
vorschlagen werde. Sollte er dabei auf Widerstand stoßen, so seien
Neuwahlen zu erwarten. Die Anhänger Lloyd Georges machten kein
Geheimnis daraus, daß es möglicherweise in nächster Zeit zu Neu-
wahlen kommen werde.

Der „Neuen Züricher Zeitung“ wird aus dem Haag gemeldet:
Die Annahme, daß Lloyd George vorerst auf die Bekann-
gabe der deutschen Friedensbedingungen bringen
wird, gewinnt an Wahrscheinlichkeit. Den Vorgängen in der Duma,
welche das Friedensangebot scharf ablehnte, sei keine übertriebene
Bedeutung beizulegen, da Lloyd Georges Haltung allein maß-
gebend sei.

Die Abtretung der dänisch-westindischen
Inseln.

Die Vorlage an den dänischen Reichstag.

Kopenhagen, 18. Dezember. (W. Z. B.) Dem Reichstag
ist heute vom Ministerium des Inneren eine Vorlage be-
treffend die Abtretung der dänisch-westindischen Inseln an
Amerika zugegangen.

Diplomat zu Friedensverhandlungen nach dem Haag fahren, so würde er jeden für verrückt erklären, der von ihm verlangte, er solle auf der Konferenz die Abtretung von Elsaß-Lothringen verlangen. Dasselbe gilt von den Russen bezüglich Bosens und Konstantinopels, dasselbe gilt auch von den Deutschen bezüglich verschiedener Kriegsziele, gegen die man nichts einwenden kann, ohne daß einem die Gänge und Gassen die verschiedensten Liebenswürdigkeiten an den Kopf werfen.

Das ist der Sinn des Friedensangebots, daß es die Aussicht eröffnet, einmal miteinander von den Möglichkeiten zu reden. Die Gegner wollen nicht einmal das, weil ihnen ihre Kriegslage dazu nicht günstig genug erscheint. Sie fürchten heute, deutschen Forderungen nicht mit dem genügenden Nachdruck entgegenzutreten, die ihnen nicht stark genug vertreten zu können. Die Sozialisten des Seinedepartements sind frei von dieser Furcht, und darum liegt in ihrem Beschluß nicht nur viel mehr Vernunft, sondern auch viel mehr Kraftbewußtsein als in den Reden der Trojow und Volkrowsky.

Kein deutscher Arbeiter verlangt von seinen französischen Massengenosse, daß sie die Verteidigung ihres Volkes verleugnen sollen. Was wir wünschen, ist weiter nichts, als daß die französischen Sozialisten auf derselben Linie operieren, wie die deutschen Sozialisten in ihrer großen Masse es schon längst tun. Die französische Kriegslegende hat die Haltung der deutschen Sozialisten in völlig verzerrter Form erscheinen lassen, und wir sehnen die Stunde herbei, in der wir den Franzosen sagen können, wie wir in Wirklichkeit gehandelt haben, und warum wir es taten. Heute hat man vielleicht auch in Frankreich hier und da ein Gefühl dafür, daß sich die deutsche Sozialdemokratie durch ihren zähen Kampf gegen Eroberungspläne und für den Frieden ein gewisses moralisches Uebergewicht verschafft hat. Weit davon entfernt, auf diesen Vorsprung stolz zu sein, möchten wir nur wünschen, daß es dem französischen Sozialismus gelingen möge, ihn bald einzuholen, und dann wollen wir gern gestehen, daß er für die Herstellung eines dauernden Friedens mehr getan hat als wir.

Einstweilen geben die Tatsachen keinen Grund zu solchem Eingeständnis. Der Beschluß des Seinedepartements ist nur ein erster Lichtblick.

Das Friedensangebot in der türkischen Kammer.

Nach einer verspätet eingetroffenen Wolffsdepesche aus Konstantinopel vom 14. Dezember hat dort der Minister Halli bei einer Rede zum Friedensangebot gehalten, in der er sagte:

„Wenn sie (die Gegner) eine günstige Antwort geben, erwachte uns daraus Ruhm, wenn sie sich ablehnend verhalten, fällt auf sie die Verantwortlichkeit. Während Frankreich und England sich bemühen, ihre von Angst erfüllten Völker wieder hoffnungsvoll zu machen, erkannte der russische Ministerpräsident Trojow die Notwendigkeit, dem wiedergebückten russischen Volke seinen tausendjährigen Traum vorzuspiegeln. Er erklärt, daß Frankreich und England damit einverstanden sind, daß Rußland Konstantinopel seine Gewalt Herrschaft auferlegt, und daß es notwendig ist, daß das russische Volk weiß, warum es sein Blut vergießt. Wir haben nicht die Gewohnheit der Prahlerei. Wir antworten auf die Wahnsprüche Trojows mit der Wirklichkeit der Tatsachen und wir danken Gott, daß er unseren Hohnen gestattet hat, siegreich in den rumänischen Wäldern zu wehen auf Rußlands kürzestem Wege nach Konstantinopel.“

Italienische Sozialisten gegen Ablehnung des Friedensangebots.

Turati für Annexionen.

Lugano, 18. Dezember. (Z. U.) Anlässlich der Beratung des provisorischen Budgets in der italienischen Kammer hielten gestern zwei Sozialisten, Alessio und Turati, höchst bemerkenswerte Reden, in denen sie sich für den Beginn der Friedensverhandlungen erklärten. Alessio stellte die Behauptung auf, daß Italien vollständig innerhalb der Grenzen seiner Verpflichtungen aus dem Londoner Abkommen handeln würde, wenn es das deutsche Angebot vom italienischen Standpunkt aus prüfe. Eine absolute Ablehnung wäre ein großer Fehler, sowohl hinsichtlich der Verhältnisse im eigenen Volke, wie der späteren Beziehungen Italiens zu Deutschland. Italien könne um so leichter in Verhandlungen eintreten, da es bisher siegreich gewesen. Alessio erhob dann Protest gegen die Absicht gewisser Parteien, einen Kriegsrat zu ernennen. Seine Partei sei der Ansicht, selbst wenn Friedensverhandlungen ihren Anfang nähmen, bevor Italien seine familiären nationalen Forderungen bewilligt erhalten habe, würde das Land seiner Ehre nichts vergeben, da es unauflösliche Beweise seiner Stärke gegeben habe, was schon an sich eine große Eroberung bedeute. Großen Beifall fanden diese Worte bei den offiziellen Sozialisten auf der Linken.

Turati sagte in seinen Ausführungen, gleichviel, was immer gegen das Angebot einzuwenden sei, so ergäbe doch der Umstand, daß das Angebot nicht genauer bekanntgegeben wurde, keinen Grund für eine Zurückweisung. Jenes Land, welches es ablehne, das Angebot zu beipfeifen oder in Verhandlungen einzutreten, von der Absicht geleitet, das Angebot zu Falle zu bringen, würde eine unverzeihliche Schuld auf sich laden. Es sei empörend, anzunehmen, der Krieg könne alle Fragen lösen, welche in Europa seit Jahrhunderten Spaltungen hervortrieben. Gewisse Fragen müßten jedoch ihre Lösung finden. Auf Jureur Varzlaids erklärte Turati, Italien müsse unbedingt die wirklich italienischen Gebiete, eine Aenderung der Grenzen und Garantien bezüglich der Adria erhalten. Bei diesen Worten machte sich eine große Bewegung bemerkbar und lebhafter Beifall der ganzen Kammer erteilte. Turati protestierte gegen die Einsetzung einer Regierung außerhalb der bestehenden Regierung. Er schloß seine Rede ebenso wie Alessio es getan mit der Bemerkung, daß Italien weiterkämpfen müsse, wenn seine Bedingungen sich als unerreichbar herausstellen sollten.

Bern, 18. Dezember. Am Sonnabend fanden in Rom zwei Versammlungen von Senatoren und Abgeordneten verschiedener Parteien statt. „Giornale d'Italia“ meldet dazu, durch diese parlamentarische Bewegung werde auch in Italien der Wunsch nach der Einrichtung eines Kriegsrates zum Ausdruck gebracht. In diesem Sinne hätten die Vertreter der genannten Versammlungen bei Vosselli einen freundschaftlichen Schritt unternommen, wobei sie erklärten, daß ihnen jeder Gedanke einer Opposition gegen die Regierung fern liege.

Tarnowskis Freigeleit bewilligt.

London, 18. Dezember. (B. T. B.) Meldung des Reuterschen Büreaus. Das Auswärtige Amt hat auf Ersuchen der Vereinigten Staaten dem österreichisch-ungarischen Botschafter in Washington, Grafen Tarnowski, freies Geleit bewilligt.

Die Weigerung des Freigeleits war unhaltbar, aber die letzten dritthalb Jahre haben es an keinem Beweise fehlen lassen, daß gegen die Rechte, die auch im Kriege gelten sollen, im Kriege kein Angriff unmöglich ist. England ließ sich sogar noch dreimal durch amerikanische Noten mahnen, das geweigerte Geleit freizugeben, ehe es Tarnowskis Anspruch gelten ließ. Dies hartnäckige lange Verweifen auf Ablehnung läßt die Vermutung zu, daß jetzt nicht die Anerkennung der amerikanischen Forderung die geschehene Aenderung der Haltung Englands bewirkt haben kann.

Griechenland unterm Druck der Blockade.

Genf, 18. Dezember. (B. T. B.) Aus Athen wird gemeldet: Ministerpräsident Lambros hat erklärt, daß die Blockade erst aufgehoben werden würde, wenn die Frage der Genugtuung gelöst sein werde.

Amsterdam, 18. Dezember. (B. T. B.) „Times“ erfährt aus Athen: Die Annahme der Forderungen der Entente bedeutet die Entfernung der Armee aus Thessalien und die Verbringung der Artillerie nach dem Peloponnes. Die Alliierten werden wegen der Ereignisse von Anfang Dezember noch eine Note an die griechische Regierung richten. Inzwischen warten der französische und der englische Gesandte Instruktionen ab; sie bleiben an Bord von Schiffen im Piräus. Der französische Admiral hat am Freitag früh eine Kundmachung erlassen, in der den Bewohnern der Stadt empfohlen wird, nach 4 Uhr abends die Geschäfte zu schließen. Athen ist abends dunkel; die Stimmung ist ruhig. Die Verlegung der Truppen und der Artillerie wird ungefahr drei Wochen in Anspruch nehmen. Sie wird unter Aufsicht der Militärattachés von Offizieren der Alliierten geleitet werden.

Athen, 17. Dezember. Habasmeldung. Gestern begann der Transport griechischer Truppen nach Morea. Am Bahnhof von Eleusis wurde das Vorbeikommen von Truppenzügen festgesetzt. Die mit der Ueberwachung der Truppenbewegung beauftragten Offiziere haben am Sonntag in Patras und Korinth ihre Tätigkeit begonnen. Französische Schiffe halten die beiden Häfen unter Ueberwachung.

Rumänien und Verdun.

Berlin, 18. Dezember. Wolffs Bureau schreibt zur Kriegslage: Trotz Regenwetter und bodenloser Wege macht die Verfolgung in der Ost-Balachei rasche Fortschritte. Die Trümmer der rumänischen Armee werden unaufhaltsam in das kaum 80 Kilometer breite Biered hinein getrieben, das im Osten von den Donausümpfen, im Westen vom Gebirgsstock der Karpathen und im Norden vom Sereth begrenzt wird. Ein aussichtsreicher Widerstand in diesem flachen, vom Buzen-Fluß durchflossenen Gebiet ist nicht mehr wahrscheinlich, seitdem dieser Fluß in breiter Front von den Verfolgern überschritten wurde. Die einzige größere Stadt, die die Rumänen in diesem Gebiet noch besitzen, ist Mamnicu-Sarath; die Städte Braila, Galatz und Jocsani gehören geographisch und strategisch bereits zur Serethstellung. In der Dobrudscha haben die Bulgaren die Russen bis südlich Babadagh getrieben. Die Front der Verbündeten hat nunmehr die größtmögliche Verfürgung um 900 Kilometer erreicht.

Die Lage auf dem westlichen Kriegsschauplatz ist, von lokalen Kämpfen abgesehen, unverändert. Der Vorstoß der Franzosen bei Verdun ist nichts als eine politische Demonstration und kann auf die Gesamtlage keinen Einfluß ausüben. Die Bilanz des Jahres 1916 wird für die Franzosen durch den geringen örtlichen Erfolg nicht gebessert. Nach monatelangen blutigen Kämpfen und schwersten französischen und englischen Verlusten ist die Front in Frankreich und Belgien bis auf minimale Aenderungen im Dezember 1916 dieselbe, wie im Dezember 1915.

London, 18. Dezember. (B. T. B.) Der Korrespondent des „Daily Chronicle“ an der Front von Verdun meldet: Am 16. abends begann Schnee zu fallen und am 17. nahm der Schneefall zu. Das eroberte Gebiet sei ein einziger Morast, in dem im Augenblick kein einziger Laufgraben angelegt werden könne. Die Beschaffung der Verwundeten sei entsetzlich schwierig und die Versorgung der Truppen mit Lebensmitteln und Wasser eine Riesearbeit.

Nach Bukarest.

Bukarest, 7. Dezember 1916.

Von Moskoti de Bede ab begann die Unruhe, das Raten. Ist Bukarest gefallen? Kommt unsere Division hinein? Alles träumte von weichen Betten, elektrischem Licht und Asphaltstraßen. Man hörte Schießen weit rechts und auf dem linken Flügel. Die Pferde trotteten langsam durch den tiefen Dreck. Schmutzige Waffenquartiere. Man brütet ein Huhn am Spieß, verkochte sich im Stroh. Keine Sonne, kein Mond am Himmel. Tagelang ohne Seife, ohne Nachtruhe. Gefangene kamen. Der eine sprach Deutsch. In Bukarest sei alles wie im Frieden, Rußland und Frauen, Weißbrot und elegante Russenluftsch. Die Mannschaft stand um ihn herum und riß die Augen auf.

Abmarsch nach Prehaba. Links am Wege ein zusammengeschossener deutscher Kraftwagen mit zerschmetterten Reifen. Vorbei an weiden dünnen Wäldern, aus denen berittene Girten aufstiegen und verschwinden. Immer weiter — im Sidzak — durch unberührte Dörfer. Die Fahrer knallen Hunde ab. Immer weiter. Die Rumänen laufen. Ein Artilleriehauptmann sagt: Jetzt fehlt er seine Kothedecke 1 auf, denn die Spoken kriechen ihm in die Kanonen.

Quartier im Vorwerk. Drei Kilometer von Dorf Prehaba — mitten in der baum- und häuserlosen Steppe —, zwischen Büffeln und Schweinen, Rindern und Hühnern. Kleinge Röh- und Dreschmaschinen auf dem Hof. Aber kein einziger Mensch. Der Herd der Kühe ist noch warm. Wieviel Tage noch bis Bukarest? Die Leute liegen am Feuer. Ein Schwein wird ausgenommen. Hühner schnurkeln in der Pfanne. Plötzlich Alarm! Zwei Regimenter Rumänen sind im Anmarsch vom Westen. Diese vertauselten Regimenter, die hinter und neben uns versprengt, überholt umherabenteuernd. Schleunigst durchs Dunkel zurück ins Dorf. Alle Karabiner zusammengesucht. In zwei Stunden können die Kerle da sein. Das Dorf wird umstellt. Ein Plan entworfen. Die Linie wird bezeichnet, die unter allen Umständen gehalten werden muß. Während die Leute draußen im Regen auf der Lauer liegen — während im Vorwerk die Hühner schwarzbraun verbraten, lagern wir durchnäht in einem kleinen kalten Hinterräumen, und die Geschichten der letzten Tage wandern von einer Strohschütte zur andern.

Von dem Dragoner-Mittmeister, der neulich von Radensen herüberkommend in seinem Auto durch eine rumänische Patrouille abgeknippt, plötzlich einen ehemaligen Garnisonkameraden unter seinen Segnern erkennt und nach einigen freundlichen Worten in die Freiheit fuhr. — Von dem andern abgesehenen Auto, dessen Fahrer

man mit durchschnittenen Pulsadern neben seinem Wagen fand. — Von den Türken in Alexandria. — Von diesen und jenen — und am Ende wieder von Bukarest, von seinen Forts und seinen Kasernen, wie schlimm es wäre, wenn wir nun kurz vor all der Herrlichkeit durch zwei elend flüchtende Regimenter abgeklappt würden — und ob diese Division wohl auch wirklich hineinläme, diese Musketiere und Kanoniere, die seit September die Rumänen durch Siebenbürgen, die Pässe und die Walachei vor sich her jagten. . . .

Aber wir wurden nicht abgeklappt. Die Nacht verregnete. Kein Schuh fiel. Die müden Fahrer lagen umsonst an den Dorfausgängen. Denn auch der gehegte Rumäne war müde. Die beiden Regimenter hatten sich in einem Dorfe westlich zur frühen Nachtruhe einquartiert. Im Morgengrauen ging es weiter. Kurz vorher hatten die Fahrer das hängende Schwein aus dem Vorwerk geholt.

Crevedia. 24 Kilometer näher an Bukarest. Es regnet noch immer. Alles schimpft. Aber alles hofft noch. Die fremde große Stadt beherrscht alle Gedanken, alle Gespräche der Soldaten. Am Angeßel wird gekämpft. Wir stoßen bei Ralu Spart vorn weg über den Fluß. Väterlich keine rumänische Kaliber zirpen über unsere Köpfe hinweg in den Aker. Die Einwohner von Volintinu stehen weinend vor ihren Häuten. Einige laufen neugierig auf die Aker, die Einschläge zu beobachten. Unsere Batterien schießen ungestört in großen Pausen. Sie schießen dicht an den Fortgürtel von Bukarest. Radfahrerbataillone liegen in den nassen Strahengräben. Schmettowsche Reiterkavabriden, die nach Nordosten vorstoßen sollen, können nicht weiter und stehen in Deckung — hinter Bäumen, hinter Maiskolbenhaufen, hinter Häusern. Aber dieser Feind, der seine Hauptstadt mit Feldkanonen verteidigt, ist nicht zu fürchten. Er wehrt sich ein bißchen. Und heute abend schon wird alles wieder in Fluß und Marsch sein.

Potlogi. Wir sind plötzlich weit nach Norden ausgebogen. Die Stadt bleibt südlich von uns. Alles läßt die Köpfe hängen. Sollen alle Türken und Bulgaren nach Bukarest kommen? Die Fahrer studieren ihre rumänische Karte. Sie geht über ganz Ungarn und den Balkan. Viel ist nicht auf ihr zu erkennen. Aber daß wir jetzt nördlich statt westlich von Bukarest stehen, das sieht jedermann. Und auch, daß vor uns keine größere Stadt, sondern wieder die weite Ebene mit den kleinen Dörfern, mit den schmutzigen Quartieren, den aufgeschichteten Strahlen liegt. Und alles schimpft wieder. Und erst die komisch feierliche Uebergabe der Stadt Potlogi an uns bringt einige Freude unter die Leute. Denn diese Stadt wurde uns übergeben wie eine eroberte Festung. Es muhten gar keine Soldaten oder nur lose Patrouillen am Tage vorher drin gewesen sein. Als unser Wagen sich dem Marktplatz näherte, fanden die Einwohner feierlich aufgereiht. Eine Abordnung mit weißen Fahnen in der Mitte. Ein Delegat der Primaria trat hervor, senkte seine große weiße Fahne und sprach einige unverständliche Worte. Wohin wir gingen in der Stadt, begleitete uns dieser Mann mit der gefalteten Flagge. Alle unsere Leute freuten sich.

Bahnhof Litu. Gestern erst genommen. Herrliche Schnellzuglokomotiven, kurz vor der Flucht durch gut liegende Schiffe zum Stehen gebracht — halten mitten auf dem breiten Gleise. Hunderte von Wagen, teilweise angeschossen, viele deutsche aus Regensburg, Kassel, Altona, beladen mit Hafer, Mais und Brot, mit Flüchtlingsplunder und Postfäßen für rumänische Städte, die längst in unserer Hand sind. Aber das Schönste, die gefüllten britischen Getreidebaracken längs der Ostseite des Bahnhofes. Sie tragen alle englische Aufschriften — laubere Holzbaracken mit guter Lüftungsanlage und vielen schwarzen Schloßern. Die Schloßer sind geöffnet. Bis obenhin gestrichen voll liegen die einzelnen Abteilungen im Tageslicht da. Die Soldaten lassen ihre Hände wühlen in dieser braunen Blut von Ärenern — ergriffen von einer merkwürdigen ehrfürchtigen Freude.

Gorghani. Gott sei Dank. Wir liegen wieder südwärts. 20 Kilometer südwärts an der großen Straße nach Bukarest. Wir atmen auf, zirkeln an der Karte. Noch ist die Stadt nicht gefallen. Im Süden und Westen steht heute alles Gewehr bei Fuß. Vielleicht fällt morgen die Entscheidung. Vielleicht fällt sie vom Norden. Vielleicht stehen wir in 24 Stunden lichtgeblendet zwischen tausend Menschen auf einem großen Platz der Stadt. Aber noch wird hier oben im Norden gekämpft. Noch regnet es. Vor uns auf den Wiesen des Bahnhofes rollsalven unserer Batterien. Die Munitionswagen wühlen sich tief in den schwarzen Aker. Maschinengewehrfeuer 2 Kilometer von hier im Walde. Unsere Pferde stehen sicher und warm im Büffelstall des Prinzen Ghita, der in Gorghani einen Landsitz hat. Die ganze Nacht hindurch regnet und stürmt es.

6. Dezember, morgens 8 Uhr. Von Bukarest sind einige Nordforts gefallen. Am 9 Uhr südwärts auf der Oerstraße nach dem Gefechtsstand. Die sonst so trägen Bonhs unseres Wagens trippeln hurtig, als ob sie wühlten, was auf dem Spiele steht. Durch Kocari und Baldana im scharfen Trab. In beiden Dörfern plündern Bauernweiber lärmend und händekatschend die hölzernen Buden der Bazarrstraße. Es regnet. Um 10 Uhr in Gullia. Der Gefechtsstand schon aufgehoben. Links durch die Wälder hinüber nach Vuktea. Die Bonhs dampfen. Ein Kavalleriestab mit dreieckigem Divisionswimpel überholt uns. Die Bonhs geben ihr Bestes.

Um 11 1/2 Uhr Ankunft in Vuktea. Im Schloß des Prinzen Sterberg, das vor 10 Tagen noch die rumänische Königin bewohnte, finden wir ein deutsches Kommando. Große Freude und Erregung. Falkenhahnische Infanterie ist sieben vom Norden in die Stadt gedrungen. Mehrere Kompagnien befinden sich innerhalb des Fortgürtels bereits im Kampf. Das Schicksal der Stadt scheint besteselt. Aber noch immer weiß niemand, ob wir hinein dürfen. Ein, zwei, drei qualende Stunden beginnen. Wir laufen unruhig im Schloßpark umher. Der oberbayerische Gärtner erzählt von den Fliegerbomben und der Königin. Die große Sterbergische Getreidemühle kappert, als ob tiefster Friede wäre. Wir sitzen in den kalten Wohnzimmern des Röhleninspektors und blättern ungeduldig in einem großen Postkartenalbum von Bukarester Ansichten. Plötzlich Alarm. Abfahrt nach Bukarest. Sofort. Ein Auto fährt vor. Abdio Bonhutsche. Der Motor rattert. Das Gepäck fliegt in den Wagen. Der Begleitmann mit dem geladenen Gewehr nimmt Platz. Die Tür schlägt zu. Eine wahnsinnige Freude packt uns. Wir fahren nach Bukarest. Dr. Adolf Köster, Kriegsberichterstatter.

Der bulgarische Kriegsbericht.

Der Vormarsch in der Dobrudscha.

Sofia, 17. Dezember. Amtlicher Heeresbericht. Rumänische Front. In der Dobrudscha dauert der Vormarsch an. Die verbündeten deutschen, bulgarischen und türkischen Truppen erreichten die Linie Goloviza-Set, Pestemel, Dojran, Dolzajaca. In der östlichen Walachei rücken unsere Divisionen in der Richtung auf den Unterlauf des Calmatruial-Flusses vor.

Mazedonische Front. An der ganzen Front schwaches feindliches Artilleriefeuer und an manchen Stellen Patrouillen-gesichte.

Der türkische Kriegsbericht.

Der Kampf bei Felahie.

Konstantinopel, 17. Dezember. Amtlicher Heeresbericht. Tigris-Front. Im Süden unserer Stellung bei Felahie haben wir mit Erfolg das zu verschiedenen Malen vom Feinde am

15. und 16. Dezember plötzlich eröffnete Feuer zum Schweigen gebracht und durch unser Feuer die vorgehenden starken Kavallerietruppen des Gegners zurückgeworfen. Wir zerstörten ein feindliches Flugzeug, das wir, wie im gestrigen Bericht gemeldet, abgeschossen hatten.

Perfische Front. Wir wiesen leicht einen Angriff zurück, den die Russen mit schwachen Kräften gegen unsere Vorpostenlinie nördlich Samaban machten.

Auf den übrigen Fronten kein Ereignis von Bedeutung. Der stellvertretende osmanische Oberbefehlshaber.

Die Unruhen in Portugal.

Die Gärung in Portugal wird durch Meldungen des „Tempo“ aus Lissabon und Madrid bestätigt. Am 13. d. M. brachen an verschiedenen Stellen des Landes Unruhen aus. In Castella Branco und Alentejo kam es zu Meutereien der Garnison zu Thomar, wo die Bewegung revolutionären Charakter annahm. Dank dem Eingreifen lokaler Truppen wurde die Ordnung wieder hergestellt. In Lissabon wurden energische Maßnahmen getroffen, um die Ordnung aufrechtzuerhalten. Der portugiesische Gesandte in Madrid hielt es für nötig, zu erklären, die revolutionäre Bewegung beweise nicht, daß das Land gegen den Krieg sei. Ein Telegramm besagt, daß die Verbindungen (die demnach unterbrochen waren) wieder hergestellt sind.

Nach einer Madrider Privatmeldung der „Frankf. Ztg.“ soll neben Machado Santos auch Brito Camacho an der Spitze der Erhebung stehen, die dadurch zweifellos an Bedeutung gewinnen würde, da der Führer der Unionisten, der die Teilnahme an dem Ministerium D'Almeida Postea seinerzeit abgelehnt hat, eine ansehnliche Stellung in der portugiesischen Politik einnimmt. Als die Ursache der Erhebung wird in Madrid der Widerstand gegen die Entsendung portugiesischer Truppen nach Frankreich genannt. Machado, der während der Revolution der Befehlshaber der Aufständischen war, hat sich aber aus gekränktem Ehrgeiz mit den Führern der Republik abetworfen und schon mancherlei Putschversuche unternommen. Diesmal scheint er im Zusammenhang mit anderen Aufstandsversuchen in der Provinz gehandelt zu haben, die für den Zustand des Landes bezeichnend sind.

Portugals bedrängte Lage.

Aus Madrid meldet das Wiener A. S. Telegr.-Korresp.-Bureau: Seit dem Eintritt Portugals in den Weltkrieg gestaltet sich die Lage des Landes schwierig. Der Lebensmittelmangel und die zunehmende Teuerung führen zu Protestkundgebungen der Bevölkerung. Die Qualität des Brotes wird immer minderwertiger. Die vorhandenen Weizenvorräte reichen angeblich nur bis Ende Februar 1917. Der Betrieb der verschiedenen Industrien ist durch den Rohstoffmangel erschwert. Die Beschaffung von Kohlen wird immer schwieriger und kostspieliger, obgleich der Verbrauch auf das Nötigste beschränkt ist. Der Wagenmangel und die hohen Eisenbahnfrachten unterbinden den Verkehr. Der Mangel an Transportmitteln und die steigenden Seefrachten verursachen eine Lahmlegung des Seehandels, auf den Portugal angewiesen ist, und führen zu einer Krise seiner Kolonialprodukte. Die Geldentwertung nimmt zu. Das Goldagio ist von Anfang bis Ende November von 50 auf 90 Proz. gestiegen. Dementisprechend haben sich die Kurse verschlechtert. Die Regierung ist in Zahlungsschwierigkeiten. Die Beamten reklamieren ihr Gehalt, die Armeelieferanten die Bezahlung längst fälliger Rechnungen. Dadurch wird die Bevölkerung immer unzufriedener; die große Mehrzahl des Volkes will von der Teilnahme am Kriege nichts wissen und macht die Regierung für die herrschenden Zustände verantwortlich. Die Propaganda gegen den Krieg zieht weite Kreise. Eine Handvoll gewissenloser Politiker kämpft gegen diese Propaganda an.

Kriegswirkungen in Spanien.

Madrid, 13. d. M. Dem Wiener A. S. Telegr.-Korresp.-Bureau wird gemeldet: Als Protestkundgebung gegen die Lebensmittelteuerung wurde für den 18. Dezember in ganz Spanien der Generalstreik angefangen, dessen Dauer und Ausdehnung vorläufig nicht abzusehen ist. Mit dem Ausstand wird der Zweck verfolgt, von der Regierung wirksame Maßnahmen zu erzielen. Die parlamentarische Lage gestaltet sich für die Regierung immer kritischer. Die Beratung des außerordentlichen Budgets und das Projekt des Finanzministers mußten vorläufig fallen gelassen werden. Das ordentliche Budget für 1917 soll verfassungsgemäß bis Ende Dezember von der Kammer bewilligt werden, was durch Obstruktion erschwert wird. Die Lage der Regierung wird pessimistisch beurteilt.

Amerikas Kriegslieferungen.

Ueber den Umfang des Kriegsmaterials, das Amerika den Verbandsmächten während dieses Krieges geliefert hat und noch liefert, gibt eine Tabelle Aufschluß, die der „Matin“ vom 10. Dezember nach den offiziellen Statistiken der Handelskammer in Washington veröffentlichte. Danach hatte Amerika eine Ausfuhr an nachstehenden Kriegsgebrauchsartikeln, dessen Wert in den danebenstehenden Zahlen beigefügt ist:

Ausfuhr an	vor d. Kriege vom 1. Juli 1913 bis 1. Juli 1914	im Kriege vom 1. Juli 1915 bis 1. Juli 1916
Pferden, Maulsefeln, Rindvieh	23 500 000	494 000 000
Kupfer	285 000 000	1 285 000 000
Lebensmittel	825 000 000	2 175 000 000
Flugzeugen	1 130 000	35 000 000
Automobilen	165 000 000	600 000 000
Wagen und Motorrädern	253 000 000	835 000 000
Chem. Produkten und Farbstoffe	187 500 000	620 000 000
Strohstoffen	30 000 000	2 335 000 000
Eisen, Stahl und Zink	1 257 030 000	3 330 000 000

Der Seekrieg.

Der deutsche U-Boot-Kreuzerrieg und die französische Transportkrise.

London, 18. Dezember. (Z. U.) Ein englisches Fachblatt veröffentlicht eine Uebersicht der nach Frankreich ausgeführten Kohlen. Im Oktober 1916 wurden 1 628 000 Tonnen gegen 20 000 im Mai 1916 nach Frankreich exportiert, im November 1916 aber nur noch 1 513 000 Tonnen gegen 1 584 000 im November 1915. Dieser bedeutende Rückgang ist nicht nur auf den Mangel an Arbeitskräften, sondern besonders auf die Wirkung der deutschen U-Boote zurückzuführen. England hatte Frankreich für das Jahr 1916 24 Millionen Tonnen Kohlen zur Verfügung gestellt, bis November aber nur 10 1/2 Millionen Tonnen geliefert, so daß Frankreich immer noch 7 1/2 Millionen Tonnen zu wenig erhalten hat. Hieraus erklärt sich die große Kohlennot Frankreichs. Aber auch der Abtransport der von England in Rouen gelandeten Kohlen erfährt eine ungewohnte Verzögerung infolge des Mangels an Flugdampfern und Rähnen, so daß statt 700 000 Tonnen, welche im Mai 1916 aus Rouen abtransportiert wurden, im November 1916 nur 241 426 Tonnen aus Rouen verschifft werden konnten.

Paris, 18. Dezember. (Z. U.) Der französische Transportminister Clavelle besuchte heute mit einer Anzahl Sachverständiger,

um den Grund der Anhäufung der Waren im dortigen Hafen zu erforschen. Auf eine Vorstellung der Verlager erklaerte Clavelle, die gegenwärtige Stauung könne erst behoben werden, wenn England die versprochenen 20 000 Eisenbahngüterwagen Frankreich zur Verfügung gestellt haben werde.

Die italienische Transportkrise.

Vern, 17. Dezember. (B. Z. V.) In der italienischen Kammer führte Minister Arlotto zur Kohlenknappheit und Transportkrise unter anderem aus: Die größten Schwierigkeiten seien durch den Mangel an Schiffsraum entstanden. Die Handelsflotte Italiens, das für die Kohlen- und Getreideversorgung auf das Ausland angewiesen sei, habe schon im Frieden nicht ausgereicht. Die eigene Handelsflotte könne nur ein Drittel des nötigen Schiffsraumes aufbringen, für das zweite Drittel komme England auf, das letzte Drittel müsse durch neutrale Schiffe gestellt werden. Nun sei jedoch die griechische Flotte fast ganz vom Meer verschunden, während die norwegischen Schiffe infolge der U-Boots-Gefahr fabelhafte Versicherungsprämien verlangten, so daß die Lage sehr erschwert sei. Italien habe im Oktober rund 800 000 Tonnen Kohle erhalten. Die Lieferungen seien jedoch im November auf nicht ganz 590 000 Tonnen gesunken. Der Ausfall werde wahrscheinlich im Dezember noch wesentlich größer sein. Außerdem habe man von dem für die Kohlenzufuhr bestimmten Schiffsraum 140 000 Tonnen für die Getreidezufuhr aus Amerika zur Verfügung stellen müssen. Zur Transportkrise sagte der Minister, er müsse zugeben, daß das Wagenmaterial ungenügend sei, man habe viele Wagen ausfallen lassen und werde noch weitere streichen müssen.

Versenkt und gesunken: Lloyd's meldet: Versenkt wurden der englische Dampfer „Westminster“ (4342 Tonnen) und der englische Schoner „Constance“, die Mannschaft getötet. Der dänische Dampfer „Michael Dutschukoff“ (2118 Brutto-Register-Tonnen) ist gesunken.

Die feindlichen Heeresberichte.

Fransösischer Bericht vom 17. Dezember nachmittags. In der Champagne wurde eine deutsche Erkundungsexpedition, die einen kleinen Posten westlich der Straße von Naborin zu nehmen versuchte, mühelos zurückgeschlagen. Auf dem rechten Ufer der Maas ist nichts zu melden außer einigen Patrouillengefechten in der Gegend von Begonvaur. Im Abschnitt von St. Nizel Scheiterle ein deutscher Angriffsvorstoß gegen französische Graben bei Chevonn-court in unserem Feuer. An der übrigen Front verlief die Nacht ruhig.

Bericht vom 17. Dezember abends. Auf dem rechten Maasufer beschloß die feindliche Artillerie, unter Gegenwirkung der unsrigen, unsere neuen Linien von Nachrauville bis Begonvaur und besonders den Abschnitt von Chambrette. Unterbrochenes Geschützfeuer auf der übrigen Front.

Kleine Kriegsnachrichten.

Vollzählung in Polen. Lublin, 18. Dezember. (B. Z. V.) Das Generalgouvernement teilt mit, daß die am 15. November veranstaltete Zählung der amnestierten Zivilbevölkerung im österr. reichs-ungarischen Okkupationsgebiet die Gesamtzahl von 3 495 476 Personen ergab. Davon sind 1 656 400 männliche und 1 839 076 weibliche Einwohner. Die durchschnittliche Bevölkerungsdichte beträgt 81 für den Quadratkilometer.

Politische Uebersicht.

Die Besprechung im Haag und die bürgerliche Presse.

Genosse Ebert schreibt uns: Ueber eine Besprechung, die Scheidemann und ich mit Troelsz, van Kol und Dujmans am 7. Dezember im Haag hatten, hat der „Vorwärts“ in seiner Nummer vom 12. Dezember in der Mittelteilung gemacht. Gegenüber anderslautenden Zeitungsnachrichten über diese Besprechung ist bereits in jener Notiz bemerkt worden, daß sie auf teilweise unrichtigen Informationen beruhen. Trotzdem hat die „National-liberale Korrespondenz“ in ihrer Nummer vom 16. Dezember eine Notiz der „Times“ über diese Besprechung aufgenommen, die ihr ein Teil der bürgerlichen Presse nachdrückt, um allerlei Anfragen und Kommentare daran zu knüpfen. Ausführungen, die Scheidemann dazu am Sonntag in einer Volksversammlung in Köln machte, werden in der bürgerlichen Presse entstellt wiedergegeben. Deshalb sehe ich mich zu folgender Erklärung veranlaßt:

Die Besprechung im Haag war schon seit Monaten in Aussicht genommen. Auf unseren Wunsch ist sie vor Wochen verschoben worden. Sie sollte sich lediglich mit der Situation der sozialistischen Parteien in den kriegführenden Ländern und dem etwaigen Zusammentritt des Internationalen Sozialistischen Bureaus beschäftigen. Diese Fragen waren auch Hauptgegenstand unserer Besprechung. Unter anderem ist bei dieser Gelegenheit auch eine uns früher übermittelte Beschwerde über Zwangsmaßnahmen gegen Arbeiter im besetzten Belgien und die jegliche Zwangsabführung von Belgiern nach Deutschland besprochen worden. Wegen der früheren Beschwerde waren wir bei den zuständigen Stellen vorstellig geworden.

Ueber das Resultat der daraufhin geführten Nachprüfung haben wir Mitteilung gemacht. Auch unsere Stellung zur Zwangsabführung der Belgier haben wir dargelegt, und zwar in dem gleichen Sinne, wie das bereits von unseren Vertretern im Haushaltsausschuß und im Plenum des Reichstags geschehen ist. Wir haben auch erklärt, daß wir uns ebenso weiter gegen diese Maßnahme wenden werden. Unsere holländischen Freunde haben wir dabei aber auch auf die Verschleppung Tausender Ostpreußen durch die Russen und das gleiche Verfahren der Franzosen im Elsaß hingewiesen. Weiter haben wir ihre Aufmerksamkeit gelenkt auf die völkerrechtswidrige Behandlung deutscher Kriegsgefangener in feindlichen Ländern, namentlich in Rußland.

Alle anderen Behauptungen über unsere Besprechung im Haag sind falsch. Unwahr ist insbesondere die Behauptung der „Times“, wonach unsere Reise nach vorheriger Verhandlung mit dem Reichskanzler oder im Einverständnis mit der Regierung unternommen sei.

In welcher Weise die „Times“-Redung und die Berichte über die Kölner Versammlung von der rechtsstehenden Presse ausgeschlachtet werden, davon liefert ein Beispiel die freiservative „Post“, die unter der Ueberschrift „Scheidemanns Treiben im Ausland“ an ihren Kölner Versammlungsbericht folgende Bemerkung anhängt:

Die eine Behauptung der „Times“, Scheidemann habe vor seiner Reise mit dem Kanzler eine Unterredung gehabt, ist damit demontiert. Wichtig aber wird die andere Behauptung, daß Scheidemann eine von den militärischen Behörden als unbedingt notwendig erkannte Maßregel im Ausland als ungesetzlich bezeichnet hat. Es wäre an der Zeit, daß dem gefährlichen Treiben des deutschen Abgeordneten Scheidemann im Ausland ein Riegel vorgezogen würde, durch den eine weitere Gefährdung des deutschen Ansehens verhindert werden könnte.

Wir glauben, daß das „Treiben“ Scheidemanns dem deutschen Ansehen weit dienlicher ist, als ein gewisses andere Treiben, mit dem wir uns schon oftmals auseinandergesetzt haben.

Friedensangebot und Kriegverschärfung.

Georg Bernhard, dessen erste Sorge es war, bei Bekanntwerden des deutschen Friedensangebots eine rücksichtslosere Kriegsführung im Falle der Ablehnung durch die Entente zu fordern, wiederholt diesen Ruf in einem Artikel der „Vossischen Zeitung“, der sich mit der Rede des russischen Außenministers Protopopoff befaßt. Daß in diesem Artikel der „Vorwärts“ eine sehr schlechte Zensur erhält, weil er Rußland für Rußland und nicht für England hält, läßt uns kalt. Denn Georg Bernhard entwickelt seinerseits Ansichten über Rußland, die uns staunen machen, so z. B., wenn er schreibt, daß die Liberalen Rußlands für Fortsetzung des Krieges eintreten, weil sie „vom nationalen Unglück die Befreiung der russischen Gesellschaft aus alt überlieferten politischen Einschränkungen erhoffen“. — Den Miljukow und Genossen die innere Absicht einer russischen Niederlage unterstellen, das kann in der Tat nur jemand, dessen Blick durch die Idee hypnotisiert ist, daß alle politische Gefahr für Deutschland von Westen herkäme. Unsere Auffassung über Rußland wird weder durch die Worte Bernhards noch anderer beeinträchtigt.

Da Bernhard in Rußland nur das blinde Werkzeug Englands zu sehen beliebt, nimmt er die Ablehnung schon voraus an, was ihn veranlaßt folgendes zu schreiben:

Auf die Ablehnung aber gibt es nur eine Antwort: den weiteren Kampf. Einen Kampf, der selbstverständlich unter dem Gesichtspunkt geführt werden muß, den Frieden so schnell wie möglich herbeizuführen. Wer einen schnellen Frieden will, muß einen energischen Kampf wagen. Wer noch jahrelang Krieg führen will, und wer glaubt, daß das Kriegsführen zu den Freuden und den Annehmlichkeiten, gewissermaßen zu den Lieblingsbeschäftigungen des deutschen Volkes gehört, nur der allein darf nach Ost und West irgendwelche Rücksichten im Kampf verlangen. Wir müssen die Bestimmung über Tempo und Mittel dieses Kampfes vertrauensvoll in die Hände unserer militärischen Leitung legen. . . . Die schwache Hoffnung unserer Gegner gründet sich auf den Erfolg des Ausbungerkrieges durch England. Diese Hoffnung gilt es in allererster Linie zu zunichte zu machen. Wer mehr als das: es gilt, für den Fall der Ablehnung unserer Vorschläge die Hungerwaffe gegen England zu richten.

Wenn in dieser Weise fortgesetzt agitiert wird — und es ist nicht nur Bernhard allein, der so schreibt —, so muß das die allerjüngsten Bedenken erregen. Denn es scheint danach, als ob für gewisse Kreise das deutsche Friedensangebot nicht nur wegen der Möglichkeit seiner Annahme, sondern auch wegen der Möglichkeit seiner Ablehnung besonderen Wert hat.

Wenn diese Kreise jetzt schon fortgesetzt und voreilig von der Ablehnung des Friedensangebots sprechen und gleichzeitig daran die Forderung verschärfter Kriegsführung knüpfen, so läßt sich nicht vermeiden, daß namentlich im neutralen Ausland der Eindruck einer gewissen Ungeduld entsteht, ein Eindruck, der uns sicher nicht förderlich sein kann.

Koloniale Projekte.

Ueber koloniale Reiche, die Deutschland auf Grund dieses Krieges erwerben soll, wird zurzeit wieder viel gesagt und geschrieben. Dabei ist festzustellen, daß die Anhänger kolonialer Expansion nur in dem einen Punkte einig sind, daß Deutschland viel mehr an Kolonialland fordern müsse, als es vor dem Kriege besessen hat, alles andere bleibt Spiel der mehr oder weniger weltchweisenden Phantasie. Die „Deutsche Kolonialgesellschaft“ veröffentlicht eine Reihe von Zeitschriften, die nach ihrer Auffassung bei Friedensschluß berücksichtigt werden müssen. Ein in Afrika zu errichtendes Kolonialreich erscheint der Gesellschaft nicht als genügend, sie verlangt mit Hinblick auf die große Zukunft Chinas die Festhaltung und Erweiterung von Stützpunkten im Gebiet des Indischen und des Stillen Ozeans. Den Hauptnachdruck legt sie jedoch auf die militärische Sicherung dieses Kolonialreiches und verlangt hierfür: eine ausreichend starke Kriegsmarine, Erwerbung von Stützpunkten, namentlich Flotten-, Kohlen-, Stabel- und Funkstationen, schließlich, soweit solche Stützpunkte nicht auf Inseln liegen, ihre Ergänzung durch ein entsprechend großes koloniales Hinterland. Das ist nicht wenig.

Anderer Ansicht ist der Kolonialpolitiker Paul Kohrbach, der in der „Kölnischen Zeitung“ über Deutschlands koloniale Bedürfnisse schreibt. Er will in Afrika „statt der bisherigen zerstreuten und auf die Dauer nicht verteidigungsfähigen Besitztümer ein wirkliches Kolonialreich in ein oder zwei großen geschlossenen Blöcken schaffen“. Da die Küsten Afrikas nur an wenigen Stellen nahbar sind, so wird nach seiner Ansicht aus dem ganzen ein „organischer, sich selbst tragender, in sich selbst wehrfähiger Kolonialkörper“ entstehen.

Der Höhepunkt der Verdächtigung.

Die Presseorgane der landwirtschaftlichen Kreise zeigen kolossal höchste Empfindlichkeit, wenn man einem Teil der Landwirte Wucher mit Lebensmitteln oder unziemliche Gewinne während der Kriegszeit zum Vorwurf macht. Dagegen scheut sich die „Korrespondenz des Bundes der Landwirte“ nicht, die häßlichen Kriegerfrauen in ihrer Gesamtheit als Diebinnen, sogar als gewerbmäßige Diebinnen hinzustellen. In einer Rage darüber, wie sehr die ländliche Kartoffelzubereitung unter Diebstählen zu leiden habe, schreibt das erwähnte Organ:

„Dieses Handwerk (der Spitzbuben) nährt seinen Mann viel besser als fleißige Arbeit. Kriegsunterstützung und ein bis zwei Stunden nächtliche Kartoffelmietenplünderung bringen mehr ein und lassen die Neigung zu reiblicher Arbeit schwinden.“

Der Hinweis auf die Kriegsunterstützung zeigt deutlich, daß mit den Spitzbuben nur die Frauen der Kriegsteilnehmer und deren unmündige Kinder gemeint sein können. Wir erklären diese öffentliche Verdächtigung für einen unerhörten Skandal. Nach alledem, was man den fleißigen und tapferen Kriegerfrauen schon alles anzuhängen verjucht hat, ist das der Gipfel der übeln Nachrede. Wenn wirklich vereinzelt Fälle von nächtlichem Kartoffeldiebstahl vorgekommen sind, so wird das Organ des Bundes der Landwirte am besten die Frage beantworten können, wer und was die Vetterfenden dazu getrieben hat. Er denke dabei etwa an die Nahrungsmittelzurückhaltung seitens gewisser Landwirte.

Letzte Nachrichten.

Venizelisten besetzen jonische Inseln.

Vern, 18. Dezember. (B. Z. V.) „Corriere della Sera“ meldet aus Athen: Nach dort eingetroffenen, noch nicht bestätigten Nachrichten sollen venizelistische Truppen die Inseln Janio und Cephalonia (am Eingang zum Golf von Patras und Korinth) besetzt haben. Die Nachricht mache in Athen starken Eindruck, da man vermutete, daß die Beziehung nach Vereinbarung zwischen Venizelos und den englischen und französischen Behörden erfolgt sei.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Die Unternehmerverbände im Jahre 1914.

Das sechste herausgabende 13. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt enthält die Berichte über den Stand der Organisation der Unternehmer, der Angestellten und der Arbeiter vom Jahre 1914. Die Arbeiterorganisationen haben ihre Berichte längst veröffentlicht, wir beschränken uns deshalb auf die Besprechung der Unternehmerverbände.

Die Auswirkungen des Krieges auf die Entwicklung und die Tätigkeit der Unternehmerverbände haben in der vom Statistischen Amt angefertigten Arbeit besondere Berücksichtigung erfahren, wobei zu bemerken ist, daß allerdings nur die ersten fünf Monate des Krieges in Frage kommen.

Die Statistik unterscheidet vier verschiedene Gruppen. Die ersten drei Gruppen beschäftigen sich mehr mit wirtschaftspolitischen und der Regelung bestimmter geschäftlicher Fragen (Erzeugung, Absatz, Preisbildung). Die eigentlichen Unternehmerverbände, deren Hauptaufgabe in der Wahrung der besonderen Interessen der Unternehmer gegenüber den Arbeitern (Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse) besteht, bildet die vierte Gruppe. Eine genaue Scheidung freilich ist nicht durchführbar, weil die Aufgaben der einzelnen Verbände nicht immer genau umgrenzt sind, besonders aber auch deshalb nicht, weil die Berichte der Unternehmerverbände hierüber volle Aufklärung nicht bringen.

Die Zahl der Unternehmerverbände ist selbst im Jahre 1914 noch um einige gestiegen, von 8070 auf 8088. Dagegen ergibt sich für die Zahl der Mitglieder und der von ihnen beschäftigten Arbeiter ein Rückgang. Die Mitgliederzahl ging von 167 678 im Jahre 1913 auf 156 008 im Berichtsjahre zurück, die Zahl der beschäftigten Arbeiter von 4 841 217 auf 4 281 477. Es müßte aber ausdrücklich betont werden, daß sich daraus keine Schlüsse auf die Entwicklung der Unternehmerverbände unter dem Einfluß des Krieges ziehen lassen. Der Grund läge, so heißt es weiter, in der besonders lächerlichen Verhältnisse. In der Tat ist durch den Krieg die Tendenz zur Organisationsbildung bei den Unternehmern sehr gestärkt, die Entwicklung der Kartelle begünstigt worden. Die Art des Aufbaues der Kartellorganisationen habe diesen auch die Fähigkeit gegeben, gleichzeitig als Organisation von Arbeitgebern aufzutreten. Soweit die Industrie mit Seereschiffen betraut worden ist, sei auch eine Organisation der Unternehmer erfolgt, sei es auf Veranlassung der Unternehmer selbst oder der Behörden. Die Lieferanten bzw. Hersteller von Seereschiffen mußten an Verbänden zusammengeschlossen werden, sofern nicht solche schon bestanden, schon, um ein Organ zu haben, an das die Unternehmer mit ihren Wünschen und Forderungen sich wenden könnten.

Der Krieg hat das Zusammenwirken von Arbeiter- und Unternehmerverbänden in hohem Maße gefördert. Bei Ausbruch des Krieges sei dies von größter Bedeutung für die Einschränkung der Arbeitslosigkeit gewesen. Einen neuen Einschlag habe das Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern durch die Bildung von „Arbeitsgemeinschaften“ gefunden, die für eine ganze Reihe von Berufen zu bestimmten gemeinsamen Zwecken geschaffen worden sind.

Aus dem Tabellenwerk sei folgendes mitgeteilt: Die meisten Unternehmer waren im Baugewerbe, nämlich rund 45 000, organisiert. In weitem Abstand folgt die Gas- und Schankwirtschaft mit 13 000. Dann folgt mit annähernd gleich viel Mitgliedern die Metallverarbeitung (13 000), das Bekleidungs- und Textilgewerbe (12 000), die Landwirtschaft (9100), Holzgewerbe (8900) usw. — Ein ganz anderes Bild und zweifellos einen besseren Maßstab für die Beurteilung der Bedeutung und der Kräfteverhältnisse, die dem einzelnen Verband zugewiesen ist, bieten die Zahlen der beschäftigten Arbeiter. Hier tritt die Metallverarbeitung mit 725 000 beschäftigten Arbeitern am meisten hervor. Es folgen Vergabe mit 642 000, Spinnstoffgewerbe mit rund 440 000 Arbeitern. Den ganz erheblichen Rückgang im Baugewerbe, 518 000 auf 197 000, erklärt der Statistiker zum größten Teil aus der lächerlichen Verhältnisse.

An der Hand des Fragebogenmaterials und mit Benutzung anderer Quellen wurde auch im Berichtsjahre versucht, den Zusammenschluß der Unternehmer zum Zwecke der Streitversicherung darzustellen. Aber auch hier wird über „lächerliche“ Beantwortung der Fragebogen geklagt. Im übrigen müßte, da der Krieg die wirtschaftlichen Kämpfe zum Schweigen brachte, naturgemäß auch die Bedeutung der Streitversicherung in den Hintergrund rücken. Für das Berichtsjahr sind dem Kaiserlich Statistischen Amt insgesamt 21 Streitversicherungs-Gesellschaften bekannt geworden gegen 19 im Jahre 1913. In erster Linie kommt die Zentrale der Deutschen Arbeitgeberverbände für Streitversicherung Berlin mit dem Charakter einer Rückversicherungsanstalt in Betracht. Daran reihen sich 11 rückversicherte Gesellschaften und 9 nicht rückversicherte Gesellschaften.

Nach den Erhebungen unterzählten 100 Unternehmerverbände eigene Arbeitsnachweise gegen 196 im Vorjahre; die Zahl der Nachweiskonten betrug 284 gegen 276. Ueber die Vermittlungstätigkeit lagen von 211 Unternehmernachweisen Angaben vor. Sie konnten während des Jahres 1914: 959 472 Stellen besetzen gegen 1 288 798 im Vorjahre.

Ein besonderes Kapitel bilden diesmal die Kriegsunterstützungen der Unternehmerverbände. 54 Verbände, davon 10 Lokalverbände, 2 Verbandsbüros und 17 Einzelfirmen haben Erhebungen hierüber angestellt und darüber berichtet. Diese erstrecken sich aber auf das volle erste Kriegsjahr; es wird eine Unterstützungssumme von rund 152 Millionen Mark herausgerechnet. Ohne die Hilfsbereitschaft der Unternehmer vorleihen zu wollen, müssen wir doch den angeführten Zahlen mit einigem Zweifel begegnen. Es handelt sich um fortgezählte Gehälter von Angestellten, um bare Unterstützungen für die Angehörigen der im Felde stehenden Angestellten und Arbeiter. Die Summen, die in „Form von Lohnerhöhungen gewährt“ worden sind, ohne daß nach Lage der Sache eine „Lohnerhöhung gerechtfertigt“ gewesen wäre, sind nach den Angaben der Unternehmerverbände, die die Umfrage selbständig vornahmen, nicht mit eingerechnet. In der Beurteilung über Lohnerhöhungen, die „gerechtfertigt“ sind, dürften wir wesentlich andere Ansichten vertreten, als die Unternehmer. Ebenso wenig können wir alle den Angestellten fortgezählten Gehälter als Unterstützung betrachten. Beachtenswert ist schließlich, was der Bearbeiter, Herr Dr. Mutsch, zu diesem Punkt bemerkt. Er sagt:

„Unter Gegenüberstellung dieser Zahlen mit den seitens der Gewerkschaften für die Unterstützung ihrer Mitglieder aufgebracht Summen hat sich eine Meinungsverschiedenheit darüber entwickelt, von welcher Seite die größeren Leistungen auf diesem Gebiete vollbracht worden seien. Vom Standpunkt des Statistikers aus ist ein solcher Vergleich überhaupt nicht durchführbar, weil die Tragfähigkeit beider Teile außerordentlich verschieden beurteilt werden muß und ein Vergleichsmaßstab für die Aufwendungen beider Teile für die Zwecke der Kriegsunterstützungen fehlt.“

Ausland.

Lohnzulagen im mitteldeutschen Braunkohlerevier.

Auf die Forderungen der Bergarbeiter haben die niedersächsischen Montanwerke den Arbeitern für Dezember besondere Zulagen gewährt. Weiteren Wünschen der Belegschaften soll Rechnung getragen werden, wenn die Regierung die verlangte Erhöhung der Braunkohlenpreise genehmigt.

Aus der Partei.

Beitragsperre in Braunschweig. In Braunschweig hatte am 7. Dezember eine Mitgliederversammlung stattgefunden, die sich mit der Beitragsperre befaßte. Da auf dieser die Debatte nicht zum Abschluß kam, so beschloß sie eine zweite Mitgliederversammlung am 14. Dezember mit derselben Frage. Es lagen drei Anträge vor, von denen einer die sofortige Beitragsperre durch den Ortsverein forderte, ein zweiter eine Abstimmung im ganzen Wahlkreise über die Beitragsperre. Der dritte Antrag, vom Ortsvorstand gestellt, erklärte sich im Prinzip mit der Beitragsperre einverstanden, empfahl jedoch Verzagung der Frage, um sich mit den anderen größeren Orten resp. Organisationen zum Zweck eines einheitlichen Vorgehens in Verbindung zu setzen. Der Referent, Redakteur Minister (früher in Duisburg) trat offen für die Parteistellung ein und suchte dieses Vorgehen nur dadurch zu beschönigen, daß er der Gegenseite dieselbe Absicht unterwarf. Im gleichen Sinne sprachen noch mehrere Redner, während der Reichstagsabgeordneter Anriß, der bekanntlich zur „erweiterten Minderheit“ gehört, als Gegner der Beitragsperre auftrat. Obwohl er seine Rede reichlich mit Ausfällen gegen die Parteirechte und die Gewerkschaften würzte — er behauptete unter anderem, daß die Generalkommission die Politik der Partei mache —, konnte er sich in dem Braunschweiger „Wissen“ nicht behaupten. Vielmehr wurde er durch wachsenden Tumult unterbrochen und schließlich niedergeschrien, und zwar gerade, als er den Satz sprach: „Was jetzt notwendig ist, ist nicht die Beitragsperre, sondern die Beendigung des Krieges.“ Bei diesen Worten erhob sich nach dem Bericht des „Braunschweiger Volksfreund“ ein solcher Tumult, daß Anriß seine Rede nicht zu Ende halten konnte. Wir entnehmen hieraus die wichtige Lehre, daß den Fanatikern auf der äußersten Linken die Parteierklärung bereits in dem Maße Selbstzweck geworden ist, daß sie ihnen selbst wichtiger als die Herbeiführung des Friedens erscheint. Für den Ortsvorstand verteidigten die Sepp Deter und andere dessen Resolution und beschloßen die Versammlung, die Beitragsperre abzulehnen, mühten sich aber fagen lassen, daß ja ihr eigener Antrag die Beitragsperre prinzipiell billige. Schließlich wurde die ergebnislose Resolution mit großer Mehrheit angenommen, wonach der Ortsverein beschließt, dem Hauptvorstand unverzüglich sämtliche Beiträge zu sperren. Des weiteren wird die Kreisleitung beauftragt, so rasch wie möglich einen Kreisstag einzuberufen, um auch einheitlich für den ganzen Kreis die Beitragsperre zu beraten und zu beschließen.

Soziales.

Tuberkulose und Unfälle.

Geheimrat Professor Dr. Driß sprach am 16. d. M. im Langenbeck-Vordröhenhaus über: Die Tuberkulose, ihr Wesen, ihre Bedeutung, ihre Beziehungen zu gewerblichen Unfällen. Der Teil des Vortrages, der die Beziehungen der Tuberkulose zu Unfällen behandelte, scheint uns so wichtig, daß wir die Darlegungen dieses hochverdienten Forschers an dieser Stelle eingehend wiedergeben wollen, zumal sie für Arbeiter berechnet waren, an die — leider — nur wenig Karten ausgegeben zu sein schienen.

Professor Driß ging von der anerkannten Tatsache aus, daß auf die Entwicklung der Tuberkulose äußere Einwirkungen von großer Bedeutung sind. Diese Einwirkungen brauchen nicht lediglich gewalttätiger Natur zu sein, auch solche allgemeiner Art können den Verlauf des Leidens ungünstig beeinflussen; so wird der Krieg bei den meisten der mit Tuberkulose Befallenen, die im Felde stehen, den rascheren Fortschritt des Leidens bewirken. Neben solchen allgemeinen äußeren Einflüssen spielen auch die mechanischen Gewaltwirkungen eine große Rolle, die Quetschungen, die Stöße, die Erschütterungen u. a. Diese Erkenntnis ist besonders wichtig bei Verletzungen. Dabei sind sich die Forscher einig, daß die Gewaltwirkung allein die Tuberkulose nicht schaffen kann. Diese ist eine Infektionskrankheit. Ihr Erreger ist der Tuberkelbazillus. Dort, wo dieser fehlt, kann sie nie entstehen. Unfälle können dabei aber in verschiedener Weise mitwirken. Sie können die Weiterverbreitung im Körper befindlicher Bazillen veranlassen, sie können die Widerstandskraft des Körpers oder einzelner Teile desselben schwächen und dadurch dem Bazillus Gelegenheit zur Ansiedelung geben, sie können aber auch die Eintrittspforten für den Tuberkelbazillus schaffen. Daffir, daß letzteres möglich ist, legt die an den Händen der pathologischen Anatomen öfters auftretende Hauttuberkulose Zeugnis ab, die dann auftritt, wenn die Bazillen in die verletzte Haut eindringen können. Was auf der Haut möglich ist, ist auch in der Lunge möglich, obgleich man berechtigter Weise da schon skeptischer sein kann. Die Entstehung der Tuberkulose durch Verletzung einer sonst gesunden Lunge ist zweifelhaft. Möglicherweise nur bei einer schweren Schädigung, die mit einer Zerreißung des Lungengewebes verbunden ist. Diese Verletzungen sind meist, allerdings nicht immer, mit Wundungen verbunden, die durch Wundstichungen entstehen. In dieser geschädigten Stelle können sich dann eingetragene Bazillen festsetzen und den früher gesunden Menschen tuberkulös machen. Soll der Zusammenhang des Leidens mit dem Unfall wahrscheinlich sein, dann muß sich die Tuberkulose sehr bald nach der Schädigung zeigen. Sie muß nach einigen Wochen, spätestens nach drei bis vier Monaten erkennbar sein, wobei aber wiederum zu beachten ist, daß der Raie sehr schwer in der Lage ist, die Anfänge dieser schleichenden Krankheit zu konstatieren. Noch unwahrscheinlicher als die Entstehung der Tuberkulose durch Unfall in einer gesund gewesenen Lunge ist ihre Entstehung in anderen etwa verletzten, gesund gewesenen Körperteilen, die mit der Luft nicht in Verbindung stehen.

Ganz anders ist es jedoch, wenn ein mit Tuberkeln befallener Mensch einen Unfall erleidet. Wird eine von Tuberkeln angegriffene Lunge durch einen Stoß oder Quetschung verletzt, dann wird die Widerstandskraft der Lunge gegen ihren Schädiger herabgesetzt und dieser findet an der verletzten Stelle einen guten Nährboden zur weiteren Entwicklung. Sehr häufig läßt sich dann im Anschluß an eine Lungenverletzung ein rasches Fortschreiten der Krankheit beobachten. Die Verschlimmerung muß sich dann aber sehr bald zeigen, sie muß nach acht Tagen bis etwa einem Monat auftreten. Der große Unterschied, der darin besteht, ob es sich um einen schon erkrankten oder einen völlig gesund gewesenen Unfallverletzten handelt, wird leider von den Verletzten oder ihren Angehörigen gar nicht beachtet. Tritt nach einem Unfall Tuberkulose auf, dann glauben die Betroffenen in der Regel alles in Bewegung setzen zu müssen, um zu beweisen, daß der Verletzte vorher ganz gesund war. Sie schieben damit nicht nur meist ihrem eigenen Anspruch im Wege, sie erschweren auch dem begutachtenden Arzt die unbedingte Würdigung des Falles.

Es kann aber nicht nur an den Lungen, sondern auch an anderen Stellen des Körpers nach Verletzungen Tuberkulose auftreten. In den Gelenken, an den Knochen, von denen namentlich die Wirbelsäule für Tuberkulose empfänglich ist, und an anderen Körperteilen, dabei ist, wenn keine offene Wunde entstanden ist, immer Voraussetzung, daß ein tuberkulöser Herd im Körper vorhanden war, von dem aus die Tuberkel durch das Blut an die verletzte und widerstandsunfähige Stelle geführt worden sind, wo sie dann ihr Fortschreiten zu beginnen können.

Auch andere Ursachen können auf einen tuberkulösen Körper schädigend einwirken. Der Tuberkelbazillus wirkt sehr oft zusammen mit anderen Kleinlebewesen. Wird nun der Körper an irgend einer Stelle so verletzt, daß sich länger dauernde Eiterungen bilden, dann können die Eiterorganismen in das Blut eindringen und in die Lunge verschleppt werden. Dort können sie den Tuberkelbazillen die Arbeit erleichtern und gemeinsam mit ihnen eine Verschlimmerung einer Tuberkulose herbeiführen. Man spricht dann von einer Verschlimmerung durch Sepsisinfektion.

Ein Unfall kann auch noch andere Voraussetzungen schaffen. Er kann die Ernährungswirtschaft verschlechtern und damit den Körper

schwächen; er kann auch auf den Gemütszustand ungünstig einwirken, den Menschen zu einem Hypochonder machen. Das sind gleichfalls Schädigungen, die die Entwicklung einer vorhandenen Tuberkulose begünstigen können. Ohne Einfluß ist jedoch der insolge eines Unfalls notwendig gewordene Aufenthalt in einem Krankenhaus oder längere Bettlägerigkeit.

Ein Punkt muß noch erwähnt werden, der sehr oft nicht verstanden wird. Es kann sehr wohl möglich sein, daß ein Verletzter eine Rente erhält, ohne daß nach seinem Tode seinen Hinterbliebenen eine solche zusteht. Schließt sich z. B. an eine Verletzung eines Fußes infolge Verletzung von Bazillen aus der tuberkulösen erkrankten Lunge in der Blutbahn eine tuberkulöse Erkrankung des Fußes an, die dessen Amputation notwendig macht, so muß der Verletzte Rente erhalten. Verschlimmert sich dann später die Lungentuberkulose so, daß der Tod eintritt, dann ist der Tod nicht unvollständig. Anders würde es liegen, wenn durch eine offene Wunde die Tuberkel in den Fuß eingebracht wäre und von dort aus den Körper durchsucht und die Lunge krank gemacht hätte. Das wird meist nicht auseinandergehalten. Die Hinterbliebenen können eine so verschiedenartige Beurteilung nicht verstehen; sie meinen dann, der Gutachter, der die Unterlage für die Rechtsprechung liefert, sei parteilich und habe ihnen Unrecht getan. Aber der Gutachter hat seine Almosen zu verteilen, noch dazu aus den Taschen anderer Leute, in diesem Falle aus den Taschen der Berufsgenossenschaft. Es ist ja der große Fortschritt der Unfallversicherung, daß sie keine Almosen gibt, sondern Rechtsansprüche. Aber das Recht auf den Anspruch muß gegeben sein durch den Verlauf des Einzelfalles. Rente darf das Urteil nicht trüben und beeinflussen. Der oberste Grundsatz des Gutachtens muß sein: Wahrheit und Gerechtigkeit ohne Ansehen der Person.

Aus Industrie und Handel.

Börse und Kriegsdauer.

Ein Börsentelegramm aus New York vom 16. Dezember nach den Erklärungen Prokrowskys: „Die aus Europa vorliegenden Nachrichten über die ungünstige Aufnahme des Friedensangebots bei den Regierungen der Verbündeten lösten bei der hiesigen Spekulation an der Effektenbörse ziemlich eine Befriedigung aus; namentlich die Ablehnung des Friedensangebots seitens der russischen Duma ermutigte die Börsenkreise zu umfangreichen Rückkäufen und Neuanfassungen aller Art von Kriegswerten. Die Stimmung erwies sich daher nach den flauen Vortagen als sehr kaufmützig. Die Aussichten für eine weitere Andauer der Hochkonjunktur in Kriegsaufträgen zeigen naturgemäß wiederum größere Anschaffungen von Industriewerten und Spezialpapieren. Der Gesamtumsatz der Börse betrug in dieser Woche 11 020 000 Aktien gegen 6 670 000 Aktien in der Vorwoche, und man muß in der Geschichte der Börse schon weit zurückgehen, um solche hohe Umsatzziffern festzustellen. Seit Beginn des Jahres sind 24 780 000 Aktien umgesetzt worden gegen 165 460 000 in der entsprechenden Zeit des Vorjahres.“

Auch die Berliner Börse hat das Schwinden der Friedensaussichten sofort mit Kurssteigerungen für Montan- und Rüstungspapiere begrüßt.

Also doch Kohlenpreiserhöhung!

Die oberschlesische Kohlenkonvention hat in der am 18. Dezember abgehaltenen Hauptversammlung den formalen Vindesprei für Kohlen um zwei Mark für die Tonne mit Wirkung vom 1. Januar 1917 ab erhöht. Dabei ist beschlossen worden, die noch bestehenden Ausnahmepreise für Industriefohlen zu beizubehalten.

Das preussische Handelsministerium schien lange dem stürmischen Verlangen nach einer Bewilligung höherer Kohlenpreise — die oberschlesische Kohlenkonvention hat die Preiserhöhung sicher erst vorgenommen, als ihr versichert wurde, daß kein staatlicher Einspruch erfolgen werde — Widerstand entgegenzusetzen? Und das sehr begründeterweise! Dem Staat und Reich gehören zu den stärksten Kohlenkäufern. Steigen die Kohlenpreise, so erhalten die Industriellen, besonders die der Eisen- und Stahlindustrie, die längst ersehnte Gelegenheit, ihrerseits mit Preiserhöhungen vorzugehen und auch die dafür zuständige Rohstoffabteilung des Kriegsministeriums mit Behemung um die Genehmigung anzugehen. Ebenso beachtlich ist, daß hohe Kohlenpreise ein einschneidendes Hindernis für die Ueberführung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft sind.

Wenn der preussische Handelsminister trotz so gewichtiger Bedenken in eine Erhöhung der Kohlenpreise gewilligt hat, so dürfte dafür die Erfahrung maßgebend gewesen sein, daß auch die staatlichen Gruben über die Inflationserhöhung — 12 Millionen Mark im Jahre — zu klagen haben, und daß es heute vor allem darauf ankommt, Kohle zu haben, Kohle und wiederum Kohle.

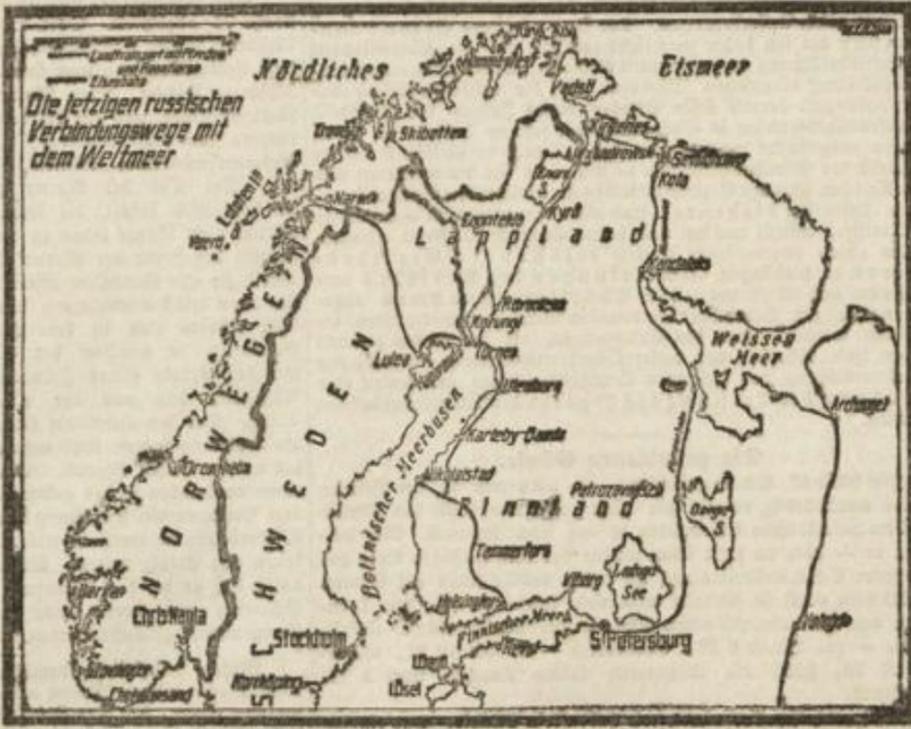
Der Preiserhöhung für oberschlesische Kohle dürften andere folgen, auch in der Braunkohleindustrie. Doch soll die Tonne Braunkohlenbriketts nur um eine Mark teurer werden, welcher Preisausfall daher bei dem üblichen Zollentner 5 Pf. und samt der Handelszuschläge 10 Pf. betragen dürfte. Eine Familie mit einem Verbrauch von 50 Zollentnern wird also eine jährliche Verbrauchsabgabe von ungefähr 6 M. haben. Auch die Gaspreise werden steigen — durchschneit wohl 1/2 Pf. für den Kubikmeter. Wegen organisatorischer Schwierigkeiten soll die Absicht nicht durchführbar gewesen sein, der minderbemittelten Bevölkerung oder Gas- und Elektrizitätswerken besonders billige Kohle zur Verfügung zu stellen.

Offen, 18. Dezember. Die heutige Versammlung der Zechenbesitzer des Rheinisch-Westfälischen Kohlen Syndikates setzte die Verteilungsanteile in Kohlen, Koks und Bricketts für den laufenden und nächsten Monat in der bisherigen Höhe fest. Sie beschloß sodann auf den Vorschlag des Ausschusses, der nach langen Verhandlungen die Bewilligung des preussischen Handelsministers gefunden hat, die Preise für Kohlen um 2 M., für Koks um 3 M. und für Bricketts um 3 M. 25 Pf. für die Tonne zu erhöhen. Diese Preisfestsetzung, die einstimmig und ohne Erörterung erfolgte, gilt für das erste Viertel des nächsten Jahres. Es sei allgemein anerkannt worden, daß die heutige Preiserhöhung unter dem Zwang der Verhältnisse und wegen der weiter steigenden Selbstkosten notwendig geworden sei. — Ferner gab die Versammlung dem Antrag des Vorstandes ihre Zustimmung, bei der Aufstellung der Sazungen zu den Preisen der Brennstoffe, wie es bisher geschehen ist, den Warenumsatztempel hinzuzufügen. Der Antrag des Vorstandes auf Aufhebung der für Koksabgabe bezahlten Entschädigung mit Wirkung vom 1. Oktober 1916 ab und auf Aufhebung der für die Verkeimerung von Kissen gezahlten Entschädigung mit Wirkung vom 1. Januar 1917 wurde genehmigt. Schließlich wurde auch der Antrag des Vorstandes gutgeheißen, aus praktischen Gesichtspunkten von Neuwahlen der ständigen Ausschüsse für das nächste Vierteljahr abzuzehen.

Das Kohlen Syndikat wägt also den Warenumsatztempel auf die Verbraucher ab.

Rußlands Ausgänge nach dem Weltmeer

sind in Europa an den Dardanellen und in der Ostsee gesperrt. Nur der Ausgang nach dem Eismeer ist frei, soweit das Eis und die Längigkeit der deutschen U-Boote, die schon das Weiße Meer befahren haben, ihn offen lassen.



Redakteure und erst recht des technischen Personals der Morgenblätter dauert nun einmal bis in die ersten Stunden nach Mitternacht. Und es sind, rechnet man alles zusammen, Tausende Menschen, die allein in diesem Beruf durch die famose Verkehrsperre in der allerhöchsten Weise getroffen werden.

Ein erster geringer Erfolg.

Die Hochbahngesellschaft schreibt uns: „Auf Grund der in der Öffentlichkeit aufgetretenen Wünsche und der Feststellungen, in welcher Weise bis am 15. Dezember eingeleitete Aenderung der Polizeistunde einschränkend auf den Verkehr gewirkt hat, hat der Herr Polizeipräsident zugelassen, daß der Betrieb auf der Hoch- und Untergrundbahn, der eine entsprechende Kürzung von anderthalb Stunden erfahren sollte, zunächst nur um eine Stunde gekürzt wird.“

Eine Beschwichigungsnote.

Unter der Überschrift: „Verstärkte Verkehrsorgen“ verbreitet Wolffs Bureau in später Abendstunde eine Note, in der es u. a. heißt:

Nach Ermittlungen an maßgebenden Stellen ist die Verengung der Öffentlichkeit über die geantwärtigen Einrückungen des Hoch- und Untergrund-, wie auch des Straßenbahnverkehrs insofern verfrüht und unbegründet, als eine Verkürzung und Beschränkung des Verkehrs der Straßenbahnen überhaupt noch nicht eingeleitet ist. Es sind vielmehr erst Feststellungen im Gange, aus denen sich ergeben soll, inwieweit die Bundesratsverordnung über die Ersparnis von Brennstoffen und Beleuchtungsmitteln in Einklang gebracht werden kann mit den Bedürfnissen des Verkehrs.

Eine wesentliche Verkürzung ihres Nachtverkehrs hat bisher nur die Hoch- und Untergrundbahn eintreten lassen, aber auch hier sind die Schenkungen noch nicht abgeschlossen, von deren Ergebnis es abhängen wird, in welchem Maße auch hier eine Einschränkung des Bahnverkehrs während der ersten Nachstunden als zulässig angesehen werden kann. Einmal ist der Zugverkehr von gestern abend ab — wie bereits seitens der Hochbahnverwaltung der Presse mitgeteilt worden ist — wieder um eine halbe Stunde verlängert worden. Ausschlaggebend für die zukünftige Verkehrsregelung werden auch die Erfahrungen sein, die man in der nächsten Zeit machen wird, nachdem die Theater, Restaurants und Cafés jetzt zu früherer Stunde ihre Porten schließen. Die Verkehrsabteilung des Polizeipräsidenten wird sich jedenfalls mit allen Kräfte bemühen, der Bundesrats-Verordnung soweit wie möglich gerecht zu werden, aber dabei auch mit vollem Verständnis für den reichshauptstädtischen Verkehr und unter Anbörung aller beteiligten Kreise eine Regelung des Verkehrs erstreben, die keinerlei Härten enthält.

Freie Bahn den Hamstern!

Am der Bevölkerung zu den Weihnachts- und Neujahrstagen eine kleine Bereicherung der Nahrungsmittel zu gewähren, hat das Kriegsernährungsamt 20 Proz. der Spargel- und Erbisen-

Aus Groß-Berlin. Gegen die Verkehrsbeschränkung. Der Einspruch der Gewerkschaften.

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission für Berlin und Umgegend wandte sich gestern wegen der Verkehrsbeschränkung beschwerdeführend an den Polizeipräsidenten und an den Verbandsdirektor. Die Beschwerdeführer wiesen auf die Gefahr hin, die für die Arbeiter und Arbeiterinnen verschiedener Branchen, besonders der Waffen- und Munitionsindustrie, entsteht, wenn der Verkehrsschluss schon um 11 1/2 Uhr eintritt, während sich der Wechsel der Nachtschicht erst um 12 Uhr vollzieht. Die meisten Arbeiter und Arbeiterinnen müßten dann noch stundenlang laufen, um ihre Wohnstätten zu erreichen und seien dadurch um die notwendige Ruhepause gebracht. Auch auf die sittliche Gefahr, die die untreuwilligen Nachtpaziergänge für die arbeitenden Mädchen und Frauen in sich bergen, wurde aufmerksam gemacht.

Die Vertreter der Arbeiterschaft fanden beim Polizeipräsidenten Verständnis und Geneigtheit, ihre Beschwerde zu berücksichtigen. Noch am selben Tage fanden Konferenzen im Ministerium des Innern statt. Auch der Verbandsdirektor Steininger ist in der Sache bemüht und will seinen Einfluß aufbieten, um eine Aenderung eintreten zu lassen.

Oberbürgermeister Wermuth

erklärt einem Mitarbeiter des „Berl. Tagebl.“:

„Es ist selbstverständlich, daß der Magistrat der Stadt Berlin gegen die angeordneten Verkehrsbeschränkungen Stellung nehmen wird. Unsere Stadtverordneten haben bereits eine Interpellation eingebracht, und auch der Magistrat steht auf dem Standpunkt, daß die Verkehrsbeschränkungen im Verhältnis zu dem Zweck, den sie erreichen sollen, unbedingt viel zu weit gehen. Es ist

zu bedauern, daß einer so geringfügigen Ersparnis wegen ein so schwerer Eingriff nicht etwa in das Vergnügen der Bevölkerung, sondern in das gewerbliche Leben erfolgt. Dieser Eingriff ist viel größer, als sich ihn die Urheber des Gebotens, die anscheinend die Verhältnisse in Berlin nicht kennen, vorgestellt haben. Wir sehen keinen Grund dafür, warum der Verkehr überhaupt verkürzt werden soll. Unsere Elektrizitätsabteilung hat umfassende Berechnungen über die Kostenersparnis veranlaßt und gefunden, daß diese Ersparnisse geradezu minimaler Natur sind.“

Die Ersparnisse an Kohle sind so gering, daß wir keinen Grund haben, Vergleichsvorschläge etwa in dem Sinne zu machen, daß der Verkehr um 1/4 Stunden oder mehr gegenüber der jetzigen Verfügung des Polizeipräsidenten ausgedehnt werde. Wir sind vielmehr der Meinung, daß man es bei dem gegenwärtigen Zustande bewenden lassen muß. Der Verkehr, wie er bisher war, ist für die großen Massen und für die Arbeiter dringend nötig.“

Wie bedeutend der Verkehr für das gesamte öffentliche Leben ist, geht aus den nachstehenden Zahlen hervor: Im Oktober dieses Jahres wurden in Berlin durch die Straßenbahnen 61.078.237 Personen befördert, das heißt also auf das Jahr berechnet rund 792 Millionen Fahrgäste, davon kommen rund 45,4 Millionen oder rund 560 Millionen allein auf die Große Berliner Straßenbahn. Die Hoch- und Untergrundbahn beförderte im Oktober 7.289.748 oder pro Jahr rund 85 Millionen. Dazu kommen noch rund 70 Millionen, die Omnibusse mit Pferdebetrieb benutzen und etwa 8 Millionen Fahrgäste, die auf die Kraftomnibuslinie entfallen. Dies ergibt eine Gesamtsumme von rund einer Milliarde Fahrgäste ohne Stadt- und Ringbahn, ohne Profisolen und Autos. Fast jeder Berliner benutzt die Verkehrsmittel täglich zweimal. Daß mithin eine Beschränkung der Fahrten von großem Nachteil sein würde, ist selbstverständlich.

Notwendige Folge.

Selten hat eine öffentliche Maßnahme in der Presse aller Parteien eine so einmütige Kritik gefunden, wie die Einstellung des Nachtverkehrs. Allerdings ist gerade die Presse hieran besonders interessiert, denn die Arbeit der

wird. Wer dies hat, der erst weiß, was Schauen heißt. So steht ein Buch wie Engelbert Grafs „Entwicklungsgeschichte der Erde“ — mit 47 Abbildungen, geb. 1 M. — oben an der Liste des Begehrten. Vom Unschwindbaren, Möglichen aus, an dem mancher Wanderer achselhoch vorüber zieht, will es den Weg bahnen zum Verständnis von Erde und Weltall. Es ist also ein sehr praktisches Buch. Zur Wanderpraxis gehören dann auch die beiden Bücher von Curt Grätzowich, die Wilhelm Wölfe aus dem ewigen Arbeit seines im Müggelsee ertrunkenen Freundes zusammengestellt hat, die „Sonntag eines Großstädtlers in der Natur“ (geb. 1 M.) und das Heimalbuch „Unser Wald“ (geb. 3 M.), beide mit Bildern versehene Werke, die den deutschen Arbeitern seit Jahren lieb geworden sind. Aus voller Liebe zur Natur, zur Heidenatur insbesondere, hat Jürgen Brand sein „Mienbrood“ (geb. 1,50 M.) geschrieben, zwölf Wanderungen Monat um Monat, also durch den ganzen Jahreskreis hin. Und nun aus dem Engeren der Heimat in die weite Welt hinaus! Auch da hat der Verlag Vorwärts zu sorgen begonnen. Ernst Sonnemann hat Briefe und Tagebuchblätter einer „Reise nach Island“ zusammengearbeitet (mit vielen Bildern, geb. 1,50 M.). Er geht zu denen, deren Glabe Punkt erreicht: bei ihm erlebt der Leser mit. Weiter über das Weltmeer hinaus führt Das Kollied, auch einer von den Hunderttausenden, deren kühnes, wagnisches Leben der Krieg ja beifolgt: irgendwo in Kalzlien rih ihn eine Kugel ins Geoh. Sein Buch: „Das Land der Zukunft“ (geb. 1 M.) beschreibt ungemein lebendig eine Reise in Argentinien. Im Gebiete, die der Krieg heute mit Schlachtfeldern bedeckt, ist Ludwig Lessen mit seinem „Kreuz und quer durch den Vassan (mit Zeichnungen von Ilse Schöke-Schur, geb. 1,50 M.) hinausgeplüßert. Hier ist nun einer, den die farbige Schönheit der Natur dort auf der Brücke zwischen Abendland und Morgenland tief entzückt. Städte und Dörfer, von sich kreuzenden Kulturen gebaut und geschmückt, tun sich auf, an Menschen, die der Strom der neuen Geschichte klug überströmen, kommen wir näher heran.

Als ein Werk, das bestimmt ist, Grundlinien geschichtlichen Wissens selbigenen, wäre Franz Mehrings „Deutsche Geschichte“ (geb. 2,50 M.) anzubieten, die vom Ausgang des Mittelalters bis in unsere Gegenwart heraufführt. Der Wert dieses Buches beruht auf der kraftvollen Kunst, das Wesentliche geschichtlicher Entwicklung übersichtlich gruppieren zum Bewußtsein zu bringen. Dann eine Reihe Bücher, die geschichtliches Geschehen einer einzelnen Epoche vor Augen führen. Sie geben, was einzelne Menschen erlebt, in erzählendem Bericht. Wichtig sind auch deshalb, weil sie zur Abwehr der schon heransichommenden großen Fint schlechter Kriegsbücher wirksam mithelfen können. Da sind die „ungeschminkten Feldzugserinnerungen eines Infanteristen aus dem hieziger

Kriege“ „Mit dem Tornister“ (geb. 1,50 M.), dann die mit Bildern und Karten ausgestatteten Bücher aus dem Weltkrieg: Wilhelm Düwells „Kriegsberichte aus Ostpreußen und Rußland“ und Koster-Nostes „Kriegsfahrten in Belgien und Nordfrankreich“ (jedes Buch geb. 1 M.), endlich die Auswahl bester Schilderungen und Geschichten aus den Kriegen der letzten zwei Menschenalter, die Franz Diederich unter dem Titel „Kriegen im Kriege“ in zwei Bänden (jeder Band ist für sich abgeschlossen und kostet geb. 1 M.) zusammengestellt. Dieses Berl, das aus der Literatur der Deutschen, Franzosen, Russen, Amerikaner, Japaner schöpft, will den Menschen zeigen, der das Ergebnis des Krieges als Kämpfer zu bestehen hat. So kann es ein Schicksalsbuch der Menschheit heißen. Und nun noch ein kriegsgeschichtliches Werk, das durch zahlreiche Bilder und Karten anschaulich belebte Buch von Hugo Schulz: „Der Deutsch-Französische Krieg von 1870/71“ (geb. 3 M.). Wer die Technik und Macht des Krieges, der heute über die Völker hinstampft, begreifen und abschätzen will, mag sich an dieses Buch halten; er hat es in Hugo Schulz mit einem Grundmann der Kriegsgeschichte zu tun, der ausgezeichnet gemeinverständlich dargustellen weiß.

Daß die Kriegserzählung, die Kriegsnovelle viel gekostet werden wird, ist nicht verwunderlich. Eben deshalb sind wir verpflichtet, das Gute des Verlages Vorwärts zu betonen. Auch die Erzählung Ermann-Chatrains aus der Zeit der französischen Revolutionskriege „Die Marktgendlerin“ (geb. 1 M.) gehört in diese Reihe. Daß ein tapferes junges Weib im Mittelpunkt dieser prächtigen Erzählung steht, wird auch viele Leserinnen locken. Sie werden sich nicht vergebens dem Buche zuwenden. Güt wie dieses ist dann aber noch ein Märchenbuch: die humorvolle thüringische Geschichte Otto Ludwigs „Heiterkeit“ (geb. 1 M.). Dies ist ein Dichterverk von höchster Lebenskraft, das jedermann — nicht nur Mädchen und Frauen — gelesen haben muß. Die Heiterkeit, das Anne Dörke, ist ein armes Ding, das allein steht, aber das Doug hat, sich gegen die Widrigkeiten des Lebens, die auf jeden warten, mit festen Zähnen durchzubissen; das geht nicht ohne schmerzliches Begehren ab; aber was sie zahlen muß, macht sie als Mensch und Weib nicht ärmer, sondern härter ihre Fähigkeit. Was solch ein Werk dem Streben nach Selbstbildung geben kann, ergangen wirksam manche Bücher, in denen Proletarier ihre Jugendgeschichte erzählen. Ein gutes Buch dieser Art hat H. O. Dittmer geschrieben: „Vom Weisenhaus zur Fabrik“ (geb. 1 M.). Nicht ein Gegenwartsbuch. Ein Gang auf dem Dorrenwege proletarischer Lebensentwicklung.

Auf diesem Geschichtsbüchertisch liegen auch mehrbändige Ausgaben von Dichterverken. Der Arbeiter braucht eine besondere Auswahl aus Schillers und Goethes Schaffen, wenn er sich diese

Vom Buchgeschenk zu Weihnachten.

Kriegsnot und Festtagen stehen zueinander wie Nacht und Tag: eins widerspricht dem anderen. Aber wie in der Nacht die Sehnsucht nach dem Tage aufkommt, so kann die Kriegsnot auch den ersten Sinn alter und neuer, im Volk eingewurzelter Feste nicht auslöschen. Wie verhängtes Licht bleibt dieser Sinn wach. Wir erleben das am Tage der letzten Weisheit, wir erleben es in den letzten Weihnachtstagen, und noch ein drittes Mal wird die Kriegsnot schwer über einem Weihnachten lagern. Alles Herbe, das dieses Fest ohnedies in Herz und Hirn des Arbeiters hinaufstrebt, wird nun vollends eine Nacht. Aber der geistig entwickelte Arbeiter ist ein wahrhafter Mensch. In Fleisch und Blut ist ihm das Wort übergegangen: Allen Gewalttun zum Trug sich erhallen! Was bedeutet das anders als den immer lebendigen Willen: gegen den Sturz zu wachen! Und dieser Wille muß aus das Leben in all seinen Regungen durchdringen. Nicht nur im großen Kampfe, in dem der einzelne sich als Teil einer gewaltigen Masse empfindet, auch in dem Nützen des einzelnen, für sich mehr zu werden, zu reifen, sich auszubilden, muß jener Wille in allen Stunden wirken, in Lächeln wie in danken.

Wie sehr das schon geschieht, läßt sich ermeßen an dem Eifer, mit dem die Arbeiterschaft die Abwehr fälschlicher geistiger Nahrung untertüt. Auch hier fordert die Kriegszeit verstärkte Energie, und wenn die Wochen vor Weihnachten eine Zeit besonderer Bücherkaufst sind, so heißt es hier zehnmal mehr als sonst Obacht geben, daß jeder Groschen und jede Raaf für Gutes angelegt werden.

Was will das sagen: für Gutes? Es gibt Tageswerke, die trotz ihrer schnellen Vergänglichkeit dennoch zu den guten Werken zu rechnen sind. Jeder Feltungsleser kann das wissen. Aber auf den Weihnachtstagen soll man keine Werke legen, die mit dem Tage erledigt sind. Es soll man noch Dauerndes fassen, zu dem man sich wieder und wieder wendet, bis der Geist es ganz erworben hat. Nur Dauerndes kann dem erhöhten Gefühl entsprechen, das uns an besonderen Lebensstagen besetzt, ganz gleich, ob das Gefühl froh oder trüb ist. Der Aufgabe aber, die hier von jedem ernsthaften Arbeiter ein Genügen fordert, hat seit Jahren auch der Verlag der Buchhändler Vorwärts in Berlin seine Kraft gewidmet, und von seinen Wählern soll hier einiges genannt sein, was sich eignet, weihnachtlich geschenkt zu werden.

Wer die Welt verstehen will, muß sie schauen lernen. Augen sind jedem gegeben, aber das bloße Schenkennen allein tut nicht; es kommt darauf an, das, was man sieht, im Denken und Fühlen zu verarbeiten, so daß es dem Verstand und Gemüt zum Eigentum

Konferenzen für die Zeit vom 20. Dezember bis 10. Januar freigegeben. In der vom 16. Dezember datierten amtlichen Bekanntmachung heißt es:

1. Die Freigabe erstreckt sich nur auf die Konferenzen, die bereits an den Groß- und Kleinhandel verhandelt sind. Für die Hersteller bleibt das Abgabeverbot bestehen.
2. Die Freigabe beschränkt sich auf 20 Proz. des bei dem einzelnen Händler am 20. Dezember 1916 vorhandenen Vorrats. Jeder Händler hat zur Vorbereitung der späteren Kontrolle alsbald eine Bestandsaufnahme anzufertigen und der Polizeibehörde seines Vertriebsbezuges vorzulegen.
3. Es dürfen an die einzelnen Personen nicht mehr als täglich zwei Normaldosen verkauft werden.
4. Zuwiderhandlungen unterliegen der Strafvorschrift in § 9 der Verordnung über die Verarbeitung von Gemüse vom 5. August 1916. (Reichsgesetzbl. S. 914.)

Die Ueberwachung ist den Gemeindebehörden übertragen. Es heißt dann noch in der Erläuterung: „Die Verteilung der übrigen vier Fünftel der Bestände wird zusammen mit der Verteilung der Sauerkraut- und Dörrengemüsemengen vorbereitet. Die entsprechenden Vorbereitungen der Reichsstelle für Gemüse und Obst nähern sich ihrem Abschluß.“

Mit den obigen einschränkenden Bestimmungen (Ziffern 1 bis 4) glaubt das Kriegsernährungsamt zu erreichen, daß „ein Hamstern der Vorräte vermieden wird“. So steht es wirklich in den Erläuterungen! Wie wird das aber im Wirklichen werden? Daß ein Teil der Konferenzen freigegeben werden soll, ist natürlich sehr dankenswert. Die Freigabe wurde schon im ersten Drittel des Dezember angekündigt und dann wieder verschoben. Der „Vorwärts“ forderte daraufhin sofort (8. Dezember), daß zur Vermeidung der Hamsterei eine geregelte Verteilung auf Grund der Lebensmittelkarten vorgenommen werde. Durch den Ausschub sei hinlänglich Zeit gewonnen, die hierfür nötigen Maßnahmen zu treffen. Auch forderten wir eine Regelung, die das Ansehen nach den Konferenzen überflüssig mache. Und nun lese man die jetzigen Bestimmungen! Sie erschweren das Hamstern in keiner Weise. Wer hindert denn die Zahlungsfähigen, von Geschäft zu Geschäft zu eilen und Dienstboten auf den Trepp zu schicken, um überall „zwei Normaldosen“ zu erwerben! Sie könnten das drei Wochen lang (vom 20. Dezember bis 10. Januar), wenn ihresgleichen nicht schon in den ersten Tagen alles wegkaufen würden. Gleich am 20. früh wird das Ansehen und die Jagd losgehen. Wir fordern so nachdrücklich wie möglich, daß heute noch Bestimmungen ergehen, die das Hamstern unmöglich und damit das Ansehen unnützig machen.

Der „Deutsche Wohnungsausschuß“

zu dem sich am 19. November die Mehrzahl der in Deutschland bestehenden Wohnungsreformvereinigungen mit den Organisationen, für die die Wohnungsfrage ein Teilgebiet ihres umfassenderen Programms bildet, den Arbeiter- und Angestelltenorganisationen, den Frauenverbänden, den großen sozial-hygienischen Gesellschaften, den karitativen Verbänden, den Körperschaften der sozialen Versicherung u. a. zu gemeinschaftlichem Vorgehen zur Herbeiführung einer nachdrücklichen Aktion auf dem Gebiete des Wohnungswesens zusammengeschlossen hat, tritt mit seiner ersten Kundgebung an die Öffentlichkeit. In einer Sitzung am 17. Dezember hat sein geschäftsführender Ausschuß mit der nachstehenden Entschließung zu den soeben dem preussischen Abgeordnetenhaus zugegangenen Wohnungsgesetzentwürfen Stellung genommen: „Der Ausschuß begrüßt die Entwürfe eines preussischen Wohnungsgesetzes nebst Würgschaftssicherungsgegesetzes als einen Anfang der so notwendigen gesetzlichen Reform des Wohnungswesens in Preußen. Er erkennt das Bestreben an, die Verwirklichung der Gedanken des modernen Städtebaues gesetzlich zu sichern und durch weitere Ausgestaltung von Wohnungsordnungen und Wohnungsaufsicht einen bessernden Einfluß auf die Wohnungsverhältnisse auszuüben. Insbesondere stellt der Ausschuß mit Verliebtheit als einen Wendepunkt der preussischen Wohnungspolitik die Tatsache fest, daß der preussische Staat es nunmehr als seine Aufgabe anerkennt, die Herstellung von kleinen Wohnungen allgemein und ohne Begrenzung auf einen bestimmten Personenkreis zu fördern, und zwar mit eigenen finanziellen Mitteln. Einwendungen gegen

Gewaltigen zu Lebensbegleitern erobern soll. In drei starken Bänden (geb. 4 M.), mit einer Einführung, die den „Haut“ als Mitte von Goethes Leben erläutert, hat der Vorwärtsverlag „Goethes Werke“ herausgegeben. Die von Mehring eingeleitete Schillerausgabe ist leider zurzeit vergriffen; der Krieg verhindert mit seiner Minderung der Arbeitskraft den Neudruck. Die dreibändige Heine-Ausgabe (geb. 4 M.), die schon in Johntausenden von Exemplaren ihren Weg in die Arbeiterschaft gefunden hat, fehlt auch in diesem Jahre nicht, und ebenso liegt die dreibändige Reuter-Ausgabe bereit (geb. 4 M.). Der politischen Satire Heinrich Heines und dem vollständigen Lebenshumor Fritz Reuters gesellt sich das satirisch-humoristische Buch „Unter m Brennglas“, in dem der Berliner Witz Adolf Glasbrenners sich angreifend ergeht. Ueber hundert satirische Bilder zeigen die Wirkung dieses Buches (geb. 4 M.). Dem Romanen- und Märchenreicher Hauff ist eine vollständige dreibändige Ausgabe seiner Werke gewidmet (geb. 3,50 M.). Endlich das zweibändige Buch der Freiheit „Von unten auf“, in dem Franz Diederich eine Auslese der sozialen lyrischen Dichtung der neuerzeitlichen Kulturwelt gab. Dies Werk, in dem zahlreiche bedeutende Bilder in Kunstform wiedergegeben sind, hat sich schnell einen Platz in der Arbeiterschaft erworben, auch in der Arbeiterjugend. Die beiden schon hergerichteten, starken Bände kosten zusammen 6 M., sind aber auch einzeln zu je 3 M. zu kaufen, und jeder Band stellt für sich ein geschicklich abgeschlossenes Ganzes dar.

Zwei Werke zum Schluß: eins für den Spieltrieb der noch kindlichen Arbeiterjugend, eins für die Organisationsarbeit ihrer reiferen Altersjahre. Das von Heinrich Pralle verfasste Buch „Der kleine Stadtbaumeister“ (1,50 M.) springt dem ersten Hauspiel des Kindes mit klarem Anleiten bei. Die Bauarbeit mit Messer, Schere, Leim, Papier und Wappe wird so unterwiesen, daß sie trotz der gegebenen Vorbilder selbständig bleiben kann. Die Phantasie wird nicht unfrei gemacht; sie soll sich im Zeichnen und Aufbauen nach eigener Herzenslust ergehen können. Das Buch für die erwachsene Arbeiterjugend ist Karl Korn's „Die bürgerliche Jugendbewegung“ (geb. 1,50 M.), daß diese Schrift an dieser Stelle nicht vergessen werden darf, braucht nur mit dem Hinweis begründet zu werden, daß es darauf ankommt, Bücher zu schreiben, deren Wichtigkeit andauert. Denn hier ist dem jungen Arbeiter die Welt gezeigt, die um ihn ringt und in der er sich unbedingt klar zurechtfinden muß.

Man darf schon sagen, wenn der junge Arbeiter sich für ein Weihnachtssbuch entscheiden soll, so finden viele seiner Wünsche schon an diesem Tisch beste Befriedigung. Und die Wahl hat nicht viel Qual.

Einzelheiten der Entwürfe müssen zunächst den im besonderen beteiligten Kreisen überlassen bleiben.“

Einheitliche Betriebsführung auf der Staatsbahn.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: „Der Krieg stellt an den Betrieb der Staatsbahnen ganz außerordentliche Anforderungen. Der preussische Eisenbahnminister hat sich daher veranlaßt gesehen, um die Einheitlichkeit der Betriebsführung in bestimmten Gebieten zu verstärken, eine Oberbetriebsleitung einzuführen. Nachdem für die westlichen Eisenbahndirektionsbezirke bereits Ende Oktober dieses Jahres der Präsident der Eisenbahndirektion in Saarbrücken mit solchen besonderen Vollmachten ausgestattet worden war, hat nunmehr in gleicher Weise der Präsident der Eisenbahndirektion in Berlin für die mittleren und einen Teil der östlichen Bezirke dieselben weitreichenden Befugnisse erhalten. Beide Präsidenten sind als außerordentliche Kommissare des Ministers bestellt worden und haben als solche das Recht erhalten, für die ihnen angewiesenen Bezirke selbständig Verkehrsversperrungen zu verhängen, Umleitungen des Verkehrs vorzunehmen und überhaupt alle Abhilfemaßnahmen anzuordnen, die zur Behebung eintretender Betriebsstörungen erforderlich werden. Nach den Erfahrungen, die im Westen gemacht worden sind, läßt sich von dieser Oberbetriebsleitung eine stärkere Zusammenfassung des gesamten Betriebsapparates und damit eine Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Staatsbahnen erwarten.“

Die gestohlenen Gänse.

Für 8000 M. Gänse gestohlen — so lesen wir in der Zeitung — und merkwürdig, es will gar nicht recht wie sonst das Mitleid mit dem geschädigten Eigentümer in uns hoch kommen. Wir versuchen es — aber da steht schon wieder vor dem geistigen Auge das Bild jener Schaufensterauslage, bei deren Anblick selbst ein Staatsanwalt (mit 6000 M. Gehalt) mildernde Umstände für den beantragte, der wutentbrannt einen Stein in die Scheibe warf. Gänserumpfe — pro Pfund 6 M., Gänsebrust — 10 bis 12 M., Gänsefett 20 M., selbst die kümmerlich lahnen Knochen noch 5 M. das Pfund.

Nein, es hilft alles nichts, wir haben kein Mitleid. Das einzige, was uns ärgert, ist der Umstand, daß irgendein nichtsnutziges Individuum mit der Deute davongeht. Mit dem Verbrecher verbindet uns keinerlei Sympathie, für seine Tat sind die hohen Gänsepreise keine Entschuldigung.

Aber ein anderes fragen wir uns wehmütig: mußte denn wirklich erst ein Verbrecher kommen? Unserm Gerechtigkeitsgefühl geschähe vollkommen Genüge, wenn — nicht nur in dem einen Gänsefeld, sondern überall, wo Gänse zu Kadumpreisen verkauft werden — am hellen lichten Tage ein uniformierter Schuhmann auftauchte. Die Tätigkeit dieses Schuhmanns stellen wir uns folgendermaßen vor: Mit der einen Hand beschlagnahmt er die zu Buchpreisen feilgehaltenen Vorräte, mit der anderen faßt er den Geschäftsinhaber beim Schalsäckchen, um ihn an einen Ort zu bringen, wo er des längeren ungestört über die Verwerflichkeit des Lebensmittelwunders nachdenken könnte.

Aber warum geschieht das nicht?

Kartoffelbezug.

Diejenigen Berliner Einwohner, die ihre Kartoffeln auf Winterverforgung entnehmen wollten und daher ihre halbe große Kartoffelart bei Empfang des gelben Bezugscheines auf der Brotkommission abgegeben haben, werden vom Magistrat nochmals dringend aufgefordert, das Mittelstück ihrer Zwischenkartoffelart, die sie zur Deduktion ihres laufenden Bedarfs für die Zeit vom 20. November bis 17. Dezember erhalten haben, sorgfältig aufzubewahren. Auf Grund dieses Mittelstücks der Kartoffelzwischenart kann derjenige, der Kartoffeln auf Bezugscheine nicht erhalten hat, in der Woche vom 18. bis 24. Dezember seinen laufenden Bedarf bei seinem Kartoffelknecht händler decken. Auf den Säulenanschlag wird nachdrücklich hingewiesen. Vom 25. Dezember ab werden neue Kartoffelarten ausgegeben werden.

Der „eiserne Kartoffelbestand“ Berlins. Den wenigsten Berlinern dürfte bekannt sein, daß die Stadt Berlin ihren eisernen Kartoffelbestand im Nordosten der Stadt angelegt hat. An der Weichenberg-Graben, auf dem Wogowischen Terrain am Verlorenen Weg hat die Stadt Berlin ein riesiges Kartoffelfeld errichtet. Dort reihen sich ungezählte Reihen langgestreckt aneinander, welche die jetzt so kostbare Frucht enthalten. Die ausgedehnte Fläche ist elektrisch beleuchtet und wird von Landsturmlieuten bewacht. Kriegsgefangene Russen fortieren die Kartoffeln, die dann in Kellern und Schuppen untergebracht werden. Hier bleibt die Frucht solange liegen, bis vom Lande keine Kartoffeln mehr geliefert werden können. Erst dann soll dieser eiserne Bestand Berlins angegriffen werden.

Erhöhung der Kriegszulagen für städtische Beamte.

Der Stadtverordnetenausschuß beschäftigte sich am Montag mit der Magistratsvorlage über die Erhöhung der Kriegszulagen für die städtischen Arbeiter, Angestellten, Beamten, Bediensteten und Feuerwehr, Angestellten des Zentralarbeitsnachweises sowie Redaktoren, Lehrer und Lehrerinnen. Es wurde beschlossen, daß vom 1. Dezember ab die Ledigen bei einem Familieneinkommen bis zu 3000 M. 12—18 M. monatlich erhalten, abgestuft nach dem Lebensalter. Ledige mit einem eigenen Haushalt und Verheiratete ohne Kinder sollen bei einem Dienstverdienst bis zu 4500 M. monatlich 25 M. bekommen. Verheiratete mit Kindern bis 16 Jahren, bzw. 18 Jahren sollen bei einem Dienstverdienst bis zu 6000 M. monatlich 30 M. beziehen und falls mehrere Kinder zu unterhalten sind, für jedes Kind noch 5 M. extra. Die am Weichenberg-Graben und Arbeitshaus Rummelsburg tätigen Viktoriastraßenarbeiter wurden mit einer Kriegszulage von 12 M. monatlich bedacht. Die ständigen Hilfsarbeiterinnen im Bureau- und Kassendienst gehen auch nicht leer aus. Sie und die im Statistischen Amt beschäftigten Beamtinnen, sowie den ständigen Fernprüfungsämtern soll eine besondere Kriegszulage von 15 M. monatlich gewährt werden und zwar allen schon vom 1. Dezember dieses Jahres, mit der Maßgabe, daß diese Kriegszulagen möglichst bald und noch vor dem 1. Januar d. J. gezahlt werden. Zum Berichterstatter wurde der Stadtverordnete Löfer gewählt, der am Donnerstag in der Stadtverordneten-Versammlung berichten wird.

Keine Sonntagskarten mehr. Um den Personenverkehr auf den Eisenbahnen weiter einzuschränken, ist die Aufhebung der Fahrpreisermäßigungen im Ausfuhrverkehr für einen nahen Zeitpunkt in Aussicht genommen. Die Sonntagsfahrkarten zu ermäßigten Preisen werden vom 20. d. M. ab bis auf weiteres nicht mehr zur Ausgabe gelangen.

Zwölf Röhre mit Kesseln beschlagnahmt. Die Preisprüfstelle, die erst kürzlich Richtpreise für Äpfel aufgestellt hat, schreitet nunmehr im Verein mit dem Kriegsernährungsamt energisch gegen die Preisverbrecher ein. Die Kesselfabrikanten auf der Spree wurden einer gründlichen Revision unterzogen. Da sich herausstellte, daß die Händler das Obst als böhmisches Obst zum Durchschnittspreis von 1 M. das Pfund verkauften, wurden die Ladungen von zwölf Spreeklänen beschlagnahmt und die Händler zur Anzeige gebracht. Die Preisprüfstelle will ihre Revisionen auch auf die Markthallen und Kleinhändler ausdehnen.

Die Irenanbahn in Buch hat wegen der Änderungen des Eisenbahnfahrplans auch die Besuchszeiten ändern müssen. Bis auf weiteres gelten folgende Besuchszeiten: Dienstag 8¹/₂ bis 4¹/₂ Uhr für die Männerabteilung, Donnerstag 8¹/₂—4¹/₂ Uhr für die Frauenabteilung, Sonntag 10—11 Uhr für beide Abteilungen.

Im Palais-Theater am Zoo gelangt „Hänsel und Gretel“ am kommenden Mittwoch und Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, zur Aufführung.

Eine Familientragödie.

Eine erschütternde Familientragödie hat sich in dem Hause Wogrowstraße 74 abgespielt. Dort wohnte schon seit mehreren Jahren die 73jährige Witwe Lanterwald, die im Kellergehoß des Quergebäudes eine kleine Wohnung inne hatte. Bei ihr wohnten eine verheiratete 30jährige Tochter, deren Mann einberufen ist, mit einem neunjährigen Kinde, und ein 23jähriger Sohn. Die alte Frau lag schon längere Zeit krank danieder; sie hatte infolge eines Unfalles eine Gebirgsstülpung erlitten, der sie am Sonntagabend erlag. Der Tod der Mutter ging den Kindern sehr nahe, und sie beschlossen sofort, die schon öfter geäußerte Absicht ohne die Mutter nicht länger leben zu wollen, in die Tat umzusetzen. Angefacht der Leiche der Mutter schritten sie zur Ausführung der Tat, indem sie alle Gasbühnen öffneten, den Knaben zu Bett brachten und sich dann selbst niederlegten, um so den Tod zu erwarten. Heute früh erdicht nun in dem Hause Wogrowstraße 74 ein Bote des Gesundheitsamtes, in welchem der Sohn der Witwe L. angefacht war, um den Grund seines Fernbleibens zu erfragen. Dabei wurde festgestellt, daß aus der Lichten Wohnung starker Gasgeruch drang. Der benachrichtigte Hauswirt ließ die Tür öffnen. Als man die Wohnung betrat, fand man alle vier Personen anscheinend leblos in den Betten liegend. Ein Arzt stellte fest, daß die Witwe eines natürlichen Todes gestorben war, während bei den übrigen drei Personen Gasvergiftung vorlag. Es wurden sofort energische Wiederbelebungsversuche unternommen, die auch bei allen drei Personen von Erfolg waren. Während der 23jährige L. sich soweit erholt, daß er in der Wohnung verbleiben konnte, mußten seine Schwester und deren Kind nach dem Schöneberger städtischen Krankenhaus geschafft werden, wo beide bedenklich daniederliegen.

Mutter und Sohn vergiftet. Die 81 Jahre alte Altmosenempfängerin Witwe Rosine Kreuz und deren 41jähriger schwachfinniger Sohn, der Rentenempfänger Paul Kreuz, wurden gestern vormittag in ihrer Wohnung im Hause Solmsstr. 33 bestimmungslos in den Betten liegend aufgefunden. Der Raum war mit Gas angefüllt. Man stellte sofort Wiederbelebungsversuche an, die aber nur bei dem Sohn von Erfolg begleitet waren. Während die Leiche der alten Frau dem Schauhaus übergeben wurde, fand der Sohn im Krankenhaus am Urban Aufnahme. Allem Anschein nach liegt ein Unglücksfall vor.

Schwunghafte Diebstahlsbetriebe betrieb ein Händler Steinberg, der in der Alten Schönhäuser Straße wohnte und am Sonnabend verhaftet wurde. Seine Geschäftspraxis war eine ganz eigenartige. Keinem der für ihn „arbeitenden“ Diebe nannte er seinen Namen oder seine Wohnung. Er erledigte alle seine Angelegenheiten mit ihnen auf der Straße oder in Schankwirtschaften, die erhandelten Waren aber schickte er nach Hpt., wo er durch einen Vertrauensmann ein Geschäft mit alten Möbeln und allen möglichen Sachen betrieb. Auf telegraphische Weisung wurden die Geschäftsräume in Hpt. durchsucht und man fand dort in Berlin gestohlene Sachen aller Art: Pferdegeschirre, Seife und Seifenpulver, Kindermützen, Bindfäden, Strümpfe, Puppen und andere Spielsachen, Ansichtspostkarten, Raklononi usw.

Die Auktionsstelle des Bundes für Nutterschuh befindet sich Uhlendstr. 143 (nicht 134, wie es im Sonntagartikel der Gen. Gertrud David infolge eines Druckfehlers hieß).

Verloren. Am Montag früh zwischen 6 und 7 Uhr ist in einem Abteil des Eisenbahnzuges Richtung Charlottenburg—Spandau-Weiß ein Koffer mit Inhalt verloren gegangen. Der Finder wird gebeten, wenigstens das gewerkschaftliche Material, das für ihn keinerlei Wert hat, dem Berliner Herrmann Stengel, Zehlendorf bei Berlin, Weihenstr. 18, wieder zuzuführen zu lassen.

Aus den Gemeinden.

Charlottenburg. Da mit den Vorzugskarten, die Kranken zum Eintritt in Läden angefertigt worden sind, vielfach Mißbrauch getrieben wurde, werden die bisher ausgegebenen Karten oder Bescheinigungen mit Ausnahme der Karten für Schwangere vom 1. Januar ab für ungültig erklärt. Diejenigen, die wegen erneuter Krankheitszustände Anspruch auf Bevorzugung beim Einkauf zu haben glauben, müssen ein neues ärztlich bescheinigtes Gesuch an die Krankenversorgungsstelle des Magistrats Charlottenburg einreichen. Solche Gesuche, denen eine Photographie des Antragstellers beizufügen ist, werden jedoch nur in dringenden Fällen bewilligt werden.

Am morgigen Mittwoch, abends 8¹/₂ Uhr, wird Gartenbau-Inspektor Barth einen Lichtbildervortrag über den Kriegsgemüsebau der Stadt Charlottenburg vor dem dortigen Rathause halten. Eintritt frei für jedermann.

Schöneberg. Kinder bis zu 12 Jahren erhalten vom 1. Januar ab Zuzuführungen über 1/2 Pfund monatlich. Die Karten werden mit den Januar-Wildkäse ausgegeben. Nur für die Kinder von 10 bis 12 Jahren (geboren 1. Januar 1905 bis 31. Dezember 1906) müssen sie das erstmalig in der Zeit vom 2. bis einschließlich 13. Januar 1917 in der Brotkommission abgeholt werden.

Neußölln. Für das Stadtgebiet Neußölln werden die Bestimmungen für die Anlegung von Kundenlisten zum Kartoffelbezug erst nächste Woche erlassen. Die Neußöllner Kartoffelhändler dürfen daher noch keine Anmeldungen zur Kundenliste entgegen nehmen.

Aus aller Welt.

Her mit dem Fett!

Der Vorsitzende des Kreis-Ausfahrschusses Lebus macht im „Kreisblatt für Lebus“ folgendes bekannt: „Wegen der mangelhaften Milch- und Futterablieferung bestimme ich, daß den Ruchhaltern, welche die ihnen vom Kreise bezug. den Gemeinden aufzugebene Milch- und Futtermenge nicht oder nicht voll liefern, die fehlende Menge in Fett abzunehmen ist. Bei unbegründeter Mangelung ist die Rechnung doppelt in Schweinefett zu entrichten. Diese Bestimmung hat rückwirkende Kraft bis zum 15. November d. J. Im übrigen können auch alle die, welche keine Kühe halten, zur Ablieferung von Fett herangezogen werden.“

Unglück im Großkraftwerk Franken.

Kürnberg, 18. Dezember. (W. Z. V.) Das zwischen den Orten Stein und Gebersdorf belegene Großkraftwerk Franken war heute Morgen wieder die Stätte eines größeren Unglücks, nachdem bereits im August 1912 der Einsturz eines Säugerüstes mehrere Opfer gefordert hatte. Kurz vor neun Uhr früh erfolgte eine Kesselplosion, durch deren Gewalt die nach der Reduktion gelegene große Kesselhausmauer vollständig zerstört wurde. Von den vorhandenen zwölf großen Kesseln wurde einer vollständig zerstört, ein zweiter sehr erheblich und ein dritter leichter beschädigt. Augenblicklich getötet wurden der 26 Jahr alte ledige Kesselführer Heinrich Rieß aus Neumühle bei Hirtz und der im 50. Jahre stehende Hilfsheizer und Dekonom Stingenbörfer aus Unterassbach, vermisst wird der Maschinist Riegel aus Gebersdorf, verletzt ist der Heizer Mahler.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag. Etwas kühler, zeitweise anfallend, fast überwiegend bewölkt und etwas neblig, ohne erhebliche Niederschläge.